Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 189. Donnerstag, den 15. August 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zentrumspolitik.

Herr Spahn, der Führer des Zentrums, hielt am Sonntag in Rheinbach, einem kleinen Orte seines Wahlkreises Bonn, eine große politische Rede, über die die „Kölnische Volkszeitung" einen ausführlichen Bericht bringt. Die bevorstechendsten Stellen beziehen sich auf die innere Lage des Reichs, und hier verlohnt sich schon, zu lesen, was Herr Spahn sagt. Es zeigt sich nämlich, daß das Zentrum auch jetzt noch ebenso bewilligungslustig ist, wie in den Tagen seiner Herrschaft. Schon jetzt erklärt Herr Spahn, den Mehraufwand für Heer und Marine bewilligen zu wollen. Und dieser Mehraufwand wird nicht gering sein. Herr Spahn schätzt ihn für das Jahr 1908 auf 25 Mill. Mark, obwohl schon im vorjährigen Etat ein Plus von rund 50 Millionen eingesetzt war. Über die Mehrforderungen des Reichsmarineamts heißt es:

Der Mehraufwand für die Flotte wird höher einzuschätzen sein, wenn wir die Entwicklung der Auslandsflotten berücksichtigen und sie für unsere Flotte verwerten. Unser Flottenbauplan ist allerdings gesetzlich festgelegt. Das kann aber nicht verhindern, daß unter Beibehaltung der Zahl der Schiffe in der Art des Baues der einzelnen Schiffe und in der Berechnung ihrer Lebensdauer auf Grund der bei den andern Staaten gemachten Erfahrungen Änderungen vorgenommen werden. Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor der Gefechtsstärke, die andere Staaten ihren Schiffen geben. Man konnte eine Zeitlang zweifelhaft sein, was für die Taktik in der Seeschlacht wichtiger sei, die größere Geschwindigkeit der Schiffe oder ihre größere Gefechtsstärke. Bei den heutigen Wirkungen der Artillerie hat das an Gefechtsstärke dem gegnerischen Schiff nachstehende Linienschiff für die Schlacht selbst dann verminderten Wert, wenn es ihm an Geschwindigkeit überlegen ist; denn es wird zusammengeschossen, bevor es an den Feind herankommt. Die Gefechtsstärke der Schiffe erfordert ein großes Deplacement, weil nur dadurch die Tragfähigkeit der schweren Geschütze und die Ruhe ihrer Bedienung gewährleistet wird. Nun hat Nordamerika Schiffe mit einem Tonnengehalt von 22000 bis 23000 Tonnen in Bau gegeben, die mit ihrer Ausrüstung mit Geschützen gegen 40 Millionen Mark kosten. Wir werden diesem Vorgange bei unseren Neubauten folgen müssen. Unser Flottenbauplan beruht zwar darauf, daß die zu einem Geschwader gehörenden Schiffe an Größe, Gefechtsstärke und Geschwindigkeit annähernd gleich seien, einem gleichen Typ angehörten. Wir dürfen aber daran nicht festhalten. Für die neuen Schiffe muß ein Deplazement von über 10000 Tonnen und eine Armierung mit den schwersten Schiffskanonen gewählt werden. Das vergrößerte Deplazement erfordert dann die Erhöhung der Zahl der Schiffsbesatzung, die allerdings nicht erheblich sein wird. Folgen wir den Vorgängen der anderen Staaten, so müssen wir auch die Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre herabsetzen, was zu einer Beschleunigung der Ersatzbauten und dadurch zu einer weiteren Erhöhung der Kosten führt. Auch erhöhen sich die Kosten der Indiensthaltung der Flotte in den nächsten Jahren dadurch, daß die Schulschiffe bald nur noch Dampfer und nicht mehr Segelschiffe sind.

Tritt unsere Flotte in Aktion, so ist das Aktionsgebiet nicht die Ostsee, sondern die Nordsee. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Erweiterung unserer Seeanlagen in der Elbe. Alles in allem wird keine Überschätzung in der Annahme liegen, daß unsere Flotte eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen Mark erfordert.

Also: mehr Schiffe, größere Schiffe, schnellere Schiffe, rascher Ersatzbauten, mehr Mannschaften, Erweiterung der Seeanlagen. Herr Spahn glaubt, daß er das alles für ein Plus von 40 Millionen haben wird. So „billig" wird es das Reichsmarineamt schwerlich machen. Immerhin ist sich Herr Spahn klar darüber, daß eine neue Steuervorlage kommen wird:

Die Finanzreform des Jahres 1906 hat bisher nicht ganz den gehegten Erwartungen entsprochen. Die neuen Steuern sollen im ganzen 180 Millionen Mark einbringen, sie sind für 1907 auf 115 Millionen Mark veranschlagt. Es läßt sich erwarten, daß sie im Beharrungszustand den vollen Betrag von 180 Millionen Mark ergeben. Der Staatssekretär v. Stengel hatte eine Einnahmevermehrung von **220** Millionen Mark für notwendig erachtet. Man konnte sich auf 180 Millionen Mark verständigen, weil der Ertrag aus den neuen Handelsverträgen noch ungewiß war, der auf rund 700 Millionen Mark einzuschätzen ist. Durch die Mehrausgabe für Heer und Flotte und Gehälter wird eine weitere Steuervorlage unvermeidlich, wenn nicht die Erhöhung der Matrikularbeiträge ermöglicht wird. Die Betretung dieses Weges erachte ich jedoch für ausgeschlossen, weshalb ich mit einer neuen Steuervorlage rechne, bei der unerheblich ist, ob sie schon im nächsten oder im darauffolgenden Winter kommt. Welche weitere Steuerquelle erschlossen werden soll, ist noch unsicher; nahe liegt jedoch die Vermutung, daß der Tabak das nächste Besteuerungsobjekt bildet, und daß eine Reform der Branntweinsteuer dann folge.

Wir haben also, trotzdem seit 1906 dem arbeitenden Volke eine jährliche Mehrbelastung von 880 Millionen Mark auf den Nacken gelegt wurde, doch noch neue Steuern zu erwarten. Man sieht, welche rasenden Summen die Flotten- und Kolonialpolitik verschlingt.

Je deutlicher Herr Spahn über die Punkte spricht, die neue Lasten ankündigen, desto knapper läßt er sich über eventuelle neue Rechte aus. Die preußische Wahlrechtsfrage gibt ihm nur Stoff zu folgenden dürftigen Bemerkungen:

Der bisherige preußische Minister des Innern hat sich ablehnend verhalten, seine Novelle hatte sich auf die Zerlegung einzelner übervölkert gewordener Wahlkreise beschränkt. Daß sein Nachfolger einer weitergehenden Änderung des preußischen Wahlgesetzes freundlicher gegenübersteht, läßt sich erwarten; doch ist über seine Ansicht noch nichts bekannt. Das Zentrum war für die Übertragung des direkten Wahlrechts auf Preußen. Die für uns wichtigere Frage wird aber die der Wahlkreiseinteilung werden. In der Blockpolitik ist anscheinend die schwierigste Position dem neuen preußischen Minister des Innern zugewiesen, von dem als konservativer Minister ein Wahlgesetz nach dem Herzen der Linken erwartet wird. Seine Vorlage wird unserseits eine objektive, ruhige Prüfung und Würdigung finden.

„Objektiver", „ruhiger" und „würdiger" kann man in der Tat nicht sein bei einer Frage, die die Beseitigung des infamen Dreiklassenwahlrechts bedeutet. Die Sozialdemokratie muß das Zentrum zwingen, sich dem Sturm auf das elendeste aller Wahlsysteme anzuschließen.

Einwanderung fremder Arbeiter.

Zur Vorbereitung dieses Themas, das auf der Tagesordnung des Internationalen Kongresses steht, und im Auftrag des Internationalen Sekretariats hat Genosse Max Schippel in einem besonderen Beilageheft der „Neuen Zeit" einen umfassenden Überblick über die in letzter Zeit sich zusehends häufenden Einwanderungsbeschränkungen gegeben. Schippel hat ferner im Augustheft der „Sozialistischen Monatshefte" die hauptsächlichen Erscheinungen, die seine Untersuchung festgestellt hat, kurz zusammengefaßt. Wir übermitteln diesen Artikel, der ein so wichtiges und doch so wenig beachtetes Problem behandelt, auszugsweise unserem Leserkreis. Schippel führt u. a. aus:

Wählen wir zum Ausgangspunkt Australien. Indien, China und der ganze dazwischen liegende Gürtel von Inseln und Halbinseln bilden, wenn man will, die Umgebung des jungen Erdteils, während Europa schier endlos weitab liegt. Die Besiedlung mit europäischen Elementen hat langsam erst begonnen und setzt sich zögernd fort. Dagegen hat das benachbarte China mit seinen 300 bis 400 Millionen Einwohnern (annähernd so viel wie ganz Europa!) von jeher eine starke Auswanderung nach allen Australien umgebenden Inseln und Erdstrichen gehabt; bei freiem Bevölkerungszustrom wären wahrscheinlich große australische Gebiete und ganze Staaten schon längst chinesische, aber nicht britische und europäische koloniale Staatengebilde.

Ähnlich, und doch ebenfalls mit neuen entscheidenden Grundzügen, entwickelt sich das koloniale Rassenproblem in Südafrika, für das wir Natal zum Ausgangspunkt nehmen. Für eine raschere europäische Masseneinwanderung fehlen hier schon deswegen die Vorbedingungen, weil ein großer Teil des Arbeitsmarktes bereits besetzt ist durch eingeborene Schwarze, die vor allem in der Landwirtschaft, beim Landtransport, beim Wege-, Eisenbahn- und Hafenbau den Arbeitsbedarf fast ganz oder zu einem sehr großen Teil decken. Die europäische Zuwanderung fließt also spärlich. Andrerseits hat sich die indische Auswanderung schon lange an die benachbarten Meere und Küsten gewöhnt. Auf Mauritius, der Zuckerinsel, gehen bereits gegen 300 000 Inder als Lohnarbeiter, als Kleinbauern und Großpflanzer, als Kleinkrämer und Großhändler dem Erwerb nach. In Natal selber überwiegen die Inder die Europäer. Schon heute wäre bei gleichem indisch-europäischen Stimmrecht Natal eine indische, keine europäisch-britische Selbstverwaltungskolonie. Ganz gleichgültig wird das schließlich auch bei uns niemand scheinen, mag man sonst das Eintreten der australischen Arbeiter für ein „weißes Australien" und der südafrikanischen Arbeiter für ein „weißes Südafrika" für berechtigt und kulturfördernd halten oder nicht. Dieselbe Wahl zwischen Hammer oder Amboß drohte jedoch dereinst den pazifischen Küstenländern Nordamerikas, die für Europa und selbst für die älteren amerikanischen Oststaaten mühselig zu erreichen waren, während ein urkräftiger Chinesenzustrom sich zuerst nach dem Zwischenposten der Sandwichinseln, dann nach San Francisco herauszubilden begann. Vor derselben Wahl steht heute der kanadische Berg- und Wald- und Stromstaat Kolumbien. . . .

Vielfach deckt und berührt sich dieser Zusammenstoß der Rassen- und Kulturkreise mit den Gegensätzen zwischen den verschiedenen Arbeitsverfassungen. Wir haben uns früher viel zu sehr der Einbildung hingegeben, daß das Kapital überall wesentlich übereinstimmende Beziehungen zur Lohnarbeit — oder, um juristisch zu sprechen: ein ziemlich gleichartiges Arbeitsrecht, „das" kapitalistische Arbeitsrecht — herauszubilden und auszubreiten strebe. Je mehr sich das Kapital in außereuropäischen, überseeischen Gebieten betätigt und festnistet, desto mannigfaltiger sind die Formen geworden, unter denen es die Lohnarbeit anwendet, desto vielgestaltiger tritt uns die Lohnarbeit, ihr Verkauf, ihre Ausnutzung, ihr „konstitutionelles" Recht im Verhältnis zum herrschenden Kapital gegenüber. Die beschreibende Sozialökonomie hat kaum noch begonnen, sich diesen Zuständen forschend zuzuwenden.

Solange diese verschiedenen Lohnarbeitsverfassungen in räumlich getrennten Sphären nebeneinander wirken, war das Interesse, das die europäische Arbeiterklasse an ihnen nahm und nehmen mußte, kein besonders starkes. Ganz anders jedoch, wenn innerhalb des gleichen Gemeinwesens die verschiedenen Arbeitsverfassungen, verschiedene Arbeitsrechtssysteme, freiere und gebundenere, mit einander in Berührung und Konkurrenz treten.

Auf historisch großem Maßstabe haben wir diese Entwicklung zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika, in dem Neben- und Gegeneinander von Negersklavenarbeit und freier weißer Arbeit beobachten können. Die Konflikte, die daraus entsprangen, obwohl man innerhalb der Union bestimmte Zonen für jeden der beiden Gegensätze abzustecken und festzuhalten suchte, sind bekannt. Heute, obwohl die Vollsklaverei fast stets ausscheidet und der indische oder mongolische oder andersrassige Kuli sich aus freiem Willen „bindet", stoßen wir in den verschiedensten überseeischen Gebieten auf ähnlich gelagerte Arbeitszustände. Weil das Kapital in den kolonialen und halbkolonialen Erdstrichen zunächst keine hinreichende Menge und Reservearmee von weißen Lohnarbeitern vorfindet, so zieht es, soviel es kann, fremdrassige Elemente herbei, sei es durch freie Einwanderung, sei es durch direkten, aber deshalb keineswegs erzwungenen Massenimport; und man hält diese fremden, in das kapitalistische Produktionsgetriebe schwer einzugliedernden Massen durch andersartige Arbeitsverfassungen zusammen, als sie bei uns bestehen und auf die weißen Arbeiter der überseeischen Gebiete gleichfalls übertragen werden. Der Konflikt zwischen den abweichenden Arbeitsordnungen wird um so empfindlicher, je größer die Rechte der weißen Arbeiter gerade in manchen überseeischen Gebieten — infolge der relativen Seltenheit der Ware „Arbeitskraft" — geworden sind. Auf diese Weise entwickelt sich zuletzt ein Kampf der weißen Arbeiter gegen bestimmte Einwanderungsströmungen. Hier haben wir also die zweite Quelle der modernen fremdenfeindlichen Strömungen, die schließlich in Einwanderungsverboten und Einwanderungsbeschränkungen bald hie, bald da wie mit elementarer Gewalt hervorbrechen.

* * *

Wenn in diesen Fällen das Urteil kaum besonders schwer fallen wird, wie steht es alsdann weiter mit denjenigen Maßnahmen, die sich in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Australien gegen den Einlaß von weißen vorengagierten Arbeitern wenden, das heißt von Arbeitern, die sich durchaus nicht in ungewöhnlicher, nach modernstem Arbeitsrecht unzulässiger Weise verpflichtet haben? Hier schält sich, wie man sieht, ein neuer Grundgedanke heraus: Der Einwanderer soll gewissermaßen den fremden Boden als freier Herr über alle kommenden Entschlüsse betreten, er soll ruhig und ohne Voreingenommenheit „Umschau halten" können und hernach erst seine Wahl hinsichtlich des etwa einzugehenden Arbeitsvertrags treffen. Nur unter dieser Voraussetzung ist er willkommen zu heißen, weil er sich wahrscheinlich ohne Störung in das neue soziale Milieu einfügen wird. Kommt er dagegen als Vorengagierter, so sitzt er wie in einer Falle fest und muß sich zunächst wie ein Willenloser ducken und fügen, selbst wenn ihm seine Rolle als Lohndrücker, Streikbrecher und sonstiger Störenfried rasch zum Bewußtsein kommt.

Hier stößt man schon beim ersten Schritt auf Absurditäten. Das Vorengagement — man gestatte der Kürze wegen das unschöne Wort — ist doch oft genug eine Sicherung der Arbeit gegen das Kapital. Ein Arbeiter, der in der Heimat in gewohnter Umgebung, mit einem gewissen Rückhalt an Bekannten und Verwandten ein fremdes Stellenangebot erwägt, wird sich gegen den Unternehmer oft viel widerstandsfähiger zeigen, als der Ar-

beiter, der seine letzte Barschaft für die Überfahrt geopfert hat und nun um jeden Preis zugreifen muß, wenn ihm eine Unterkunft winkt. Eine ganze Menge von durchaus unanstößigen Einwanderungsfällen sind überhaupt nur denkbar, wenn vorher die Bedingungen des Unterkommens geregelt sind. Ganz abgesehen von der Leichtigkeit, Verträge zu verheimlichen oder förmliche Vertragsabschlüsse durch Zusagen anderer, jedoch praktisch genügender Art zu ersetzen. . . .

Ich halte deshalb solche gesetzgeberischen Anläufe, obwohl sie, wie man aus meiner Skizze sieht, hartnäckig wiederkehren, für wenig glücklich. Im Grunde erstreben sie auch, trotz ihrer allgemeineren Einkleidung, etwas ganz Spezielles: die Fernhaltung von nichtunterrichteten, aber im voraus gebundenen und schon durch ihre Fremdherkunft hilflosen Streikbrechern bei eingeleiteten und sich fortspinnenden Lohnkämpfen. Die Gesetzgebung soll hier gewissermaßen Streikposten stehen und außerdem die Vorverträge für nichtig erklären und die Streikbrecher zurücksenden — freilich auf deren eigene Kosten oder auf Kosten der transportunternehmenden Schiffahrtgesellschaften und Reedereien. Hierüber will ich mir ein Urteil nicht erlauben. Meines Erachtens sollten die Erfahrungen, die man mit den bisherigen Vorstößen gegen die „Einwanderung unter Arbeitskontrakt" gemacht hat, zunächst umfassender gesammelt und unbefangen nachgeprüft werden.

* * *

Frappierend ist ferner die Übereinstimmung, mit der man öffentliche Arbeiten den einheimischen Arbeitern vorzubehalten sucht. Ich verweise hier auf die Vereinigten Staaten und Kanada, auf Frankreich, auf die österreichischen und deutschen Gemeinden, auf das rumänische Gewerbegesetz in meiner Skizze, womit aber die Liste noch keineswegs erschöpft ist. Die Einwanderung wird hiervon allerdings nur indirekt betroffen, insofern, als die Nicht- und Minderbeschäftigung Fremder naturgemäß die Zuwanderung zurückdämmt. Ganz auf demselben Blatte stehen die Versuche, die ausländischen Arbeiter mit einer Sondersteuer zu treffen: direkt pro Kopf oder abgestuft nach dem Lohne des Fremden, oder mehr indirekt durch Heranziehung des ausländerbeschäftigenden Unternehmers. Daran reihen sich mitunter Versuche, Staatsunterstützungen (Prämien, Zollnachlässe und ähnliches) nur solchen Betrieben zufließen zu lassen, die gar keine oder nur wenige Ausländer verwenden.

Am bewußtesten und überlegtesten ist diese Fremdenpolitik bisher in Frankreich zur Ausbildung gelangt. Bei allen Staatsaufträgen ist es zur Bedingung gemacht, daß ein (nach Bezirk und Beruf wechselnd von oben herab festzustellender) Höchstsatz von arbeitsbeteiligten Ausländern nicht überschritten wird. Für die Departements und Gemeinden ist es kein Muß, diese Klausel in ihre Verträge mit liefernden und ausführenden Unternehmern aufzunehmen, aber sie können es tun, und zweifellos haben sie es in ihrer überwältigenden Mehrzahl getan. Aber man werfe in meiner Skizze einen Blick auf die aus Deutschland angeführten Gemeindebestimmungen, und man wird den Eindruck haben, daß bei uns gleichfalls bereits eine festere Praxis aus den tastenden Anläufen emporwächst — ob schön oder unschön, lasse ich abermals dahingestellt sein. Und erst die letzten Tage wieder vermehrten die langgestreckte deutsche Liste um zwei neue Fälle. In Frankfurt a. M. fordern nach dem „Grundstein" unsere Gewerkschafter und Parteigenossen für die nächstjährigen großen Zollhof-, Hafen- und sonstigen Bauten folgende Grundzüge einer Arbeitsordnung:

§ 1. In erster Linie sind von der Stadt bezw. den Unternehmern Arbeiter, die in und um Frankfurt ansässig sind, in Ermangelung solcher andere inländische, erst in letzter Linie ausländische zu verwenden."

Und unsere württembergische Kammerfraktion soll am 14. Juni folgenden Antrag für die Vergebung der Arbeiten bei den Bahnhofsumbauten eingebracht haben:

„Die Angestellten sowie die Arbeiter der Unternehmer müssen Angehörige der deutschen Bundesstaaten sein. Ausnahmen sind nur mit Bewilligung der Generaldirektion der Eisenbahnen zulässig. Die Verwendung ausländischer Arbeiter darf nur dann bewilligt werden, wenn der Bedarf durch inländische Arbeitskräfte gar nicht oder nur zum Teil gedeckt werden kann."

Als zweites Problem, das uns in Europa gesetzgeberisch am nächsten gerückt ist, erscheint die wachsende Bemannung der Schiffe mit fremden, vor allen farbigen Elementen. Vorläufig sei dafür auf meine Skizze verwiesen, namentlich auf Seite 34 und 56.

Mir scheinen alle diese Vorgänge und Beobachtungen die Auffassung zu bestätigen, daß hier zwar überall Fragen auftauchen, die von allem Anbeginn an nicht zu den erfreulichen gehören, und die eines schönen Tages vielleicht sogar recht ärgerliche Folgewirkungen haben werden, daß aber in Parteikreisen die Vorstellungen hierüber noch lange nicht genügend geklärt und ausgereift sind, um heute schon ein einigermaßen sicheres Urteil fällen zu können. Bei uns in Mitteleuropa brennen die Fragen auch keineswegs so sehr, um heute schon einen bestimmten Standpunkt festlegen zu müssen. Daß sozialistische Arbeiterparteien lieber durch Mindestschutzvorschriften inbezug auf Löhne, Arbeitszeiten, Wohnungsverhältnisse und durch Heranziehung zur Organisation eine Schleuderkonkurrenz vom Arbeitsmarkt fernzuhalten suchen, aber nicht durch direkte Maßnahmen gegen die Person und die persönlichen Rechte des ausländischen Verkäufers der Ware „Arbeitskraft", ist selbstverständlich. Nur dürfte damit das Ei des Kolumbus noch lange nicht gefunden sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die geheime Stimmabgabe.

Bekanntlich wenden sich die Konservativen mit großem Eifer gegen die geheime Stimmabgabe bei den politischen Wahlen. Sie heucheln politische Ehrlichkeit, indem sie erklären, es sei eines Mannes unwürdig, seine Stimme nicht frei und offen abzugeben. In Wahrheit entspringt ihre Sympathie für die öffentliche Stimmabgabe der erbärmlichen Erwägung, die abhängigen Arbeiter und Beamten besser kontrollieren und terrorisieren zu können. In der „Breslauer Zeitung" wird nun darauf hingewiesen, daß auch zum preußischen Herrenhause nach einem geheimen Wahlverfahren gewählt wird.

„Bei den Wahlen der von den Provinzialverbänden der Grafen und denen für den alten und befestigten Grundbesitz zu präsentierenden Mitglieder sind die Vorschriften des Reglements über das Verfahren bei den ständischen Wahlen vom 22. Juni 1842 anzuwenden, nach denen die Wahl „mittels verdeckter Stimmzettel" zu erfolgen hat. Also für ständische Wahlen und für Präsentation zum Herrenhause war und ist der „deutsche Mannesmut" ausgeschaltet. Was aber den hoch- und hochwohlgeborenen Herren recht ist, das wird auch den gewöhnlichen Sterblichen, aus denen sich die Parlamentswählerschaft zusammensetzt, billig sein dürfen."

Den Konservativen ist jeweilig alles das recht und billig, was ihrem Interesse entspricht. Sie können unter Umständen sogar sich stark demokratisch und antimonarchisch gebärden. Ihnen heiligt der Zweck das Mittel.

Das Bildungswesen der Unteroffiziere.

Bei der Unterbringung der aus dem Heere ausscheidenden Unteroffiziere im Zivildienst hat die Regierung recht trübe Erfahrungen gemacht. Obgleich die Leiter der Verwaltungen, in welche die mit einem Zivilversorgungsschein ausgerüsteten Unteroffiziere hineingestopft wurden, meist gerne ein Auge zudrückten, stellte sich ein derartiger Bildungsmangel der Stellvertreter Gottes a. D. heraus, daß mit ihnen nichts anzufangen war. Um diesem von den Zivilbehörden vielbeklagten Übelstand abzuhelfen, soll das Bildungsniveau der Unteroffiziere und Feldwebel gehoben werden. Das Kriegsministerium hat die Generalkommandos zur Berichterstattung darüber aufgefordert, wie weit unter Berücksichtigung der dienstlichen Verhältnisse, wenn angängig, ohne Mehrbelastung der Truppe, sich am zweckmäßigsten der bisherige Kapitulantenunterricht verbessern läßt. Nach Mitteilungen der „Nat.-Ztg." hat das Kriegsministerium sich dabei von folgenden weisen Erwägungen leiten lassen:

„Wenn auch der Unteroffizier in erster Linie für die Zwecke des praktischen Truppendienstes verfügbar sein muß, so bleibt doch die zwingende Notwendigkeit bestehen, seine Elementarkenntnisse zum Nutzen der Truppe und für seine spätere Verwendung im Zivildienst zu heben. Hierzu wird es erforderlich sein, den bisherigen Kapitulantenunterricht durch geeignete Lehrkräfte erteilen zu lassen, ihn soweit als möglich zu erweitern und zu vertiefen und endlich den Unteroffizieren vor ihrem Ausscheiden den Unterricht zu erteilen, dessen sie bedürfen, um eine angemessene Versorgung im Zivildienst zu erlangen."

Der alte Fritz hatte es bekanntlich leichter, seine abgedienten Unteroffiziere unterzubringen; er schickte sie einfach in die Schulämter.

Besichtigung der Gefängnisse durch die Gewerbeinspektoren.

Der preußische Handelsminister hat auf den Wunsch des Justizministers verfügt, daß die Gewerbeinspektoren den gesamten Arbeitsbetrieb der großen Justizgefängnisse, insbesondere solche Betriebe, bei denen Maschinen verwendet werden, alljährlich besichtigen und das Ergebnis dem Oberstaatsanwalt mitteilen sollen, da eine solche periodische Revision der Gefängnisse mit größeren gewerblichen Betrieben namentlich auch im Interesse der rechtzeitigen Einführung anderwärts erprobter Sicherheitsvorkehrungen dringend geboten sei. Welche Gefängnisse für diese Besichtigungen in Betracht kommen, wird im Dezember jedes Jahres von den Oberstaatsanwälten den zuständigen Gewerbeinspektoren mitgeteilt werden. Viel wichtiger wäre noch, den Unterschied zwischen den Löhnen für „freie" Arbeiter in den Gefängnissen und außerhalb desselben zu beseitigen. Unter der Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit haben viele Arbeiter aufs schwerste zu leiden.

Bienko.

Aus Breslau wird berichtet: Herr Dr. Bienko, Breslaus Polizeipräsident, hat sich den Kampf gegen den Umsturz zur Lebensaufgabe gemacht. Gegen die Sozialdemokratie und auch gegen den Anarchismus führte er einen erbitterten Vernichtungskrieg und die Taten seiner Polizei haben seinem und dem Namen Breslaus Bekanntheit bis in den letzten Winkel des lieben deutschen Vaterlandes verschafft.

Im vorigen Jahre galt die ganze Tätigkeit des Breslauer Polizeimeisters der Sozialdemokratie. Den roten Sonntag begrüßten seine Mannschaften mit funkelnagelneuen Browningrevolvern, und am 19. April lieferten sie die der Arbeiterschaft Deutschlands unvergeßlich gebliebene Polizeischlacht auf dem Striegauer Platze gegen die ausgesperrten Metallarbeiter, und einer von ihnen erwarb sich Unsterblichkeit, als er einem Wehrlosen die Hand abschlug.

Bis heutigen Tages ist sein Name unbekannt geblieben, Herrn Dr. Bienko und seinen Mannen ist es nicht gelungen, den Verbrecher in den eigenen Reihen zu entdecken. Und doch ist der Preßabteilung des Breslauer Polizeipräsidiums noch nie ein Wort entgangen, das die „Volkswacht" im Eifer des Kampfes geschrieben hatte, und doch war wenige Tage nach der Polizeischlacht wegen eines harmlosen Maigedichts die „Volkswacht" von der Polizei beschlagnahmt und Genosse Klühs verhaftet worden, und doch hatte es Herr Dr. Bienko möglich gemacht, bereits am folgenden Tage, dem ersten Mai, wegen einer aufgelösten Morgenversammlung, in der Genosse Albert referiert hatte, bereits am Mittag einen geheimen Bericht an die Oberstaatsanwaltschaft zu schicken, auf Grund dessen auch Genosse Albert verhaftet wurde.

Dieser Bericht befindet sich in den staatsanwaltschaftlichen geheimen Beiakten zum Albertschen Aufreizungsprozeß und ist unseren Breslauer Genossen dieser Tage in die Hände gefallen. In ihm heißt es:

„Es tritt immer klarer zutage, daß die eigentlichen Urheber der gegenwärtigen Arbeiterunruhen, die die Grundlagen des Staates und der öffentlichen Ordnung in bedenklicher Weise zu erschüttern beginnen, die sozialdemokratischen Agitatoren sind, denen es ausschließlich um ihre parteipolitischen Interessen zu tun ist.

Hier in Breslau treiben, wie die Fälle Löbe und Klühs beweisen, diese systematische Verhetzung der Massen in erster Linie die sozialdemokratischen Redakteure der „Volkswacht", deren erlogene Berichte über die Vorfälle des 19. April und aufreizende Artikel alles bisher auf diesem Gebiete Beobachtete in den Schatten stellen.

Diesen schamlosen Äußerungen der Presse reiht sich würdig an die in dem anliegenden Bericht wiedergegebene Rede des Redakteurs Albert, in welcher von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt und ausdrücklich auf die Gewalttaten der Jahre 1848-49 und die Verbrechen der russischen Revolution, die noch frisch im Gedächtnis stehen, als nachzuahmende Vorgänge hingewiesen wird.

Wenn gegen derartige Agitatoren nicht mit der vollen Strenge des Strafgesetzes eingeschritten wird, dürften sich alsbald, speziell hier in Breslau, Zustände etablieren, deren die Polizeibehörde kaum noch Herr werden könnte."

Soweit der Bericht im geheimen Dossier der Staatsanwaltschaft. Wir stellen nur fest, daß der Polizeipräsident Dr. Bienko wegen der „erlogenen Berichte über die Vorfälle des 19. April" gegen die „Volkswacht" keinen Strafantrag gestellt hat, und daß Genosse Albert, trotzdem er nach Herrn Bienko „von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt" und „ausdrücklich auf die Gewalttaten der Jahre 1848/49 und die Verbrechen der russischen Revolution als nachahmenswerte Vorgänge hingewiesen" hat, von der Strafkammer von der Anklage der Aufreizung zum Klassenhaß freigesprochen worden ist.

Rußland.

Das „sichere" Heer. Elf Untermilitärs des Staroruffaschen Infanterie-Regiments und Leutnant Nepilin vom Wendenschen Infanterie-Regiment in Riga sind wegen Zugehörigkeit zur revolutionären Militär-Organisation verhaftet worden. Der Offizier hat außerdem Proklamationen unter die Bauern verteilt.

Arbeit für die Schergen. Im Lager von Krasnoje Selo wurden drei junge Leute verhaftet und nach St. Petersburg transportiert. Es waren dies ein Eisenbahntechniker und zwei junge Mädchen, Zuhörerinnen der „hohen Frauenkurse". Alle drei machten revolutionäre Propaganda unter den Soldaten des Kürassier-Regiments. Bei ihnen wurden über 1000 Exemplare von Aufrufen des revolutionären Militärverbandes gefunden.

Millionendieberei. Das Buch der russischen Beamtenkorruption ist um ein neues Kapitel bereichert worden. Über die schon kurz berichtete Angelegenheit wird der „Russ. Korresp." aus Petersburg gemeldet: Eben ist der Hauptinspektor der Eisenbahnen, A. N. Gorakow, aus Irkutsk zurückgekehrt, der zur Untersuchung der hiesigen Veruntreuungen auf der Transbaikalbahn abgesandt war. Die Veruntreuungen haben in den Jahren 1904 bis 1907 stattgefunden und betragen viele Millionen. Die Kommission, die unter Aufsicht Gorakows arbeitete, wird erst nach zwei Wochen nach Petersburg zurückkehren, da sie noch so lange mit der Sichtung des Untersuchungsmaterials beschäftigt ist. Wie sich herausstellt, bestätigen sich die Anzeigen, die einer der geschäftsführenden Beamten, Borissow, erstattet hatte, nicht nur in ihrem vollen Umfang, sondern die Kommission hat noch weit größere Mißbräuche aufgedeckt, als zur Anzeige gebracht wurden. Die betrügerischen Manipulationen waren mannigfachster Art. Es wurden Waren mit gefälschten Frachtdokumenten oder ganz ohne Dokumente ausgeliefert. Angekommene und richtig gelieferte Frachten wurden als nicht eingetroffen oder unterwegs in Verlust geraten angegeben, und es wurde für sie, trotzdem sie ordnungsmäßig abgeliefert waren, Schadenersatz geleistet. Auf ein und demselben Frachtbrief wurden Waren als mehreremal expediert ausgegeben und wieder Schadenersatz vergütet. Die von den Empfängern betrügerisch erhobenen Zahlungen eigneten sich die Angestellten der Bahn an. Ferner wurden Waren häufig einfach, statt sie abzuliefern, verkauft und den Empfängern erklärt, die Waren seien verloren gegangen oder noch nicht angekommen. Häufig wurde in den Frachtbriefen ein niedrigeres Gewicht angegeben, als das beförderte Gut tatsächlich aufwies. Die Absender und Empfänger verlangten Schadenersatz und die Bahn zahlte auf gefälschte Dokumente die Summen, durch die das erdichtete Mindergewicht ausbezahlt wurde. Schließlich kam es so weit, daß die Bahn weder Geld noch Kredit besaß, da durch die Befriedigung der Reklamationen ihre sämtlichen Mittel erschöpft waren. Für die Kassen der Transbaikal-Eisenbahnen mußte infolge all dieser Schwindeleien das Eisenbahnministerium sieben Millionen anweisen. Wie groß die Summe der Veruntreuungen ist, wird sich überhaupt nicht ganz genau bestimmen lassen; denn mit ein und demselben Frachtbriefe wurden Güter mehrere Male befördert und es läßt sich natürlich nicht feststellen, wieviel Mal. Die nachweisbaren Verluste des Fiskus belaufen sich bereits nach dem jetzigen Stande der Untersuchung auf zehn Millionen Rubel. Auf den Bahnhöfen fand die Kommission Güter, die schon vor zwei Jahren eingetroffen und ausgepackt waren und noch so dalagen. Augenscheinlich hatten die Empfänger bereits ihren ganzen Schadenersatz für angeblich abhanden gekommenes Gut erhalten und die Beamten aller Rangklassen, die aus den Unterschlagungen sich bereicherten, betrachteten die liegenden Güter als ihr persönliches Eigentum. Mit diesen aufgefundenen Waren kann der Fiskus wenig mehr anfangen, da sie meist verdorben sind. Der Chef der Transbaikalbahn hatte keine Ahnung, daß fast sämtliche seiner Untergebenen sich zu einer einzigen großen Gaunerbande organisiert hatten. Als der Staatsanwalt erschien, um die 3000 Akten zu versiegeln, versuchte dieser ahnungslose Chef, A. Swentitzki, sich einem solchen Ansinnen zu widersetzen, und versicherte, daß auf der Bahn „alles in bester Ordnung" sei. Ganz zufällig fiel der Kommission ein Paket mit Dokumenten in die Hände, welche die Chefs der Bahnverwaltung schwer kompromittieren; ein Polizist bemerkte ein Paket

mit Papieren auf dem Flusse Angara schwimmen, fischte es heraus und lieferte es seinem Vorgesetzten ab. In diesem Paket waren Anzeigen revidierender Beamten über verlorene Güter und ähnliche Vorgänge. Die Papiere waren augenscheinlich ins Wasser geworfen worden, um sie den Augen der Kommission zu entziehen. Außer den Bahnbeamten ist eine ganze Reihe von örtlichen Kaufleuten in den Riesenskandal verwickelt, die mit den Beamten übereingekommen waren, daß sie, obwohl sie ihre Frachten tatsächlich erhielten, trotzdem noch auf Schadenersatz klagten. Von der Bahn erhielten sie dann für ihre angeblichen Schäden reichen Ersatz und teilten die Beute mit den Beamten. Die Untersuchungskommission mußte unter den schwierigsten Bedingungen arbeiten. Die schuldigen Beamten bereiteten ihrer Untersuchung große Hindernisse.

England.

Blutvergießen in Belfast. Nun ist es auch im freien England zu einer Metzelei der Soldateska im Dienste der Kapitalisten gegen das Proletariat gekommen. Die Erbitterung, die die Parteinahme der Behörden gegen die streikenden Dockarbeiter und für die Streikbrecher sowie das Militäraufgebot hervorrief, hat zu heftigen Zusammenstößen der Massen mit den Truppen geführt. Fünf Tote und an 200 Verwundete sind das Ergebnis des ersten Tages der Straßenschlacht — am Montag ist diese Zahl der Opfer noch weit größer gewesen. Vergeblich hatten am Sonnabend noch die Genossen Grayson und Pete Curran im Unterhause von der Regierung die Entfernung des Militärs gefordert! Jetzt werden die Truppen noch um eine Kompagnie der Royal Engineers von Aldershot verstärkt. Die Telegramme (die natürlich alle die Schuld den Volksmassen zuschreiben) lauten: Nach den bisherigen Meldungen aus Belfast sind bei den Unruhen am Montag fünf Personen — darunter ein Kind — getötet und zahlreiche Personen verwundet worden. In der Stadt herrscht große Aufregung. Die Zahl der Opfer des gestrigen Tages ist noch größer, als die der Unruhen am Sonntag, wo 200 Personen verletzt worden sind. Über die Unruhen selbst ist noch zu berichten, daß junge Mädchen und Frauen die Kundgeber begleiteten und in ihren Schürzen Steine, Glasscherben und andere Geschosse mit sich führten, welche gegen die Truppen und Polizeiagenten geschleudert wurden. Kavallerie und Infanterie machten erst von den Waffen Gebrauch, nachdem sie die Menge aufgefordert hatten, auseinanderzugehen. Bei der Absendung des Telegramms dauerten die Unruhen noch fort. — Die Ruhestörungen waren sorgfältig vorbereitet. Ketten waren quer über die Straßen gespannt, um die Kavallerie zu behindern. Es war beabsichtigt, die Straßen- und Geschäftsbeleuchtung auszulöschen, um dadurch den Unruhestiftern Vorteile den Soldaten gegenüber zu bieten. Bis spät nach Mitternacht wurden die Soldaten und die Polizei mit Pflastersteinen beworfen, wobei Frauen und halbwüchsige Jungen einen großen Eifer an den Tag legten. Wiederholte Angriffe mit Bajonett und Polizeiknütteln hatten nicht den Erfolg, die Menge in Furcht zu setzen, vielmehr wurden die Truppen zurückgedrängt und die Aufrührer schienen zeitweise die Oberhand behalten zu sollen. 30 Zivilpersonen sind ins Hospital gebracht, von denen 6 Gewehrschußwunden hatten, ebenso auch einige Soldaten. Die Polizei nahm 50 Verhaftungen vor. Der Polizeigerichtshof ist Tag und Nacht mit der Aburteilung der Verhafteten beschäftigt. Die bisher verhängten Strafen gehen nicht über 6 Monate hinaus. — Die Unruhen haben gegen Mitternacht aufgehört. Die Krankenhäuser sind voll; mehrere hundert Personen sollen verwundet sein. Viele Soldaten und Polizeibeamte sind durch Steinwürfe schwer verletzt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 15. August.

Die Distriktsführer werden ersucht, die Karten zur Lassallefeier heute Donnerstag abend von 8 bis 9 Uhr in Empfang zu nehmen.

Die Gewerkschaften, die ihre Bibliothek überweisen wollen, werden ersucht, dieses baldmöglichst im Arbeiter-Sekretariat zu bewerkstelligen.

Die fällige Lüge. Die „Lüb. Anz." bringen folgende Notiz:

Sozialdemokratische Wahlarbeit vor Gericht. Am 20. Jan. d. Js. sprach zu Allendorf der Reichstagsabgeordnete Raab als Kandidat vor einer Wählerversammlung. Dabei wurde der sozialdemokratische Agitator Brill auf Grund seines vorzüglichen Benehmens aus dem Saal gewiesen und die Versammlung aufgelöst. Während Brill das Lokal verließ, versuchten andere gewaltsam einzudringen, an ihrer Spitze die Arbeiter Amelung und Grunewald. Dabei attackierte Amelung einen Gendarmen. Das Gericht erkannte deshalb gegen Amelung auf ein Jahr Gefängnis wegen Widerstands und Körperverletzung, gegen Grunewald wegen Widerstands auf einen Monat Gefängnis.

Wir haben diese Lüge schon in der gestrigen Nummer unseres Blattes unter Soziales und Parteileben an den Pranger gestellt. Das hindert aber das „anständige" Blatt im Adreßhause nicht, dieser Verleumdung seine Spalten zu öffnen. Ein Pfui ob einer solchen schmutzigen Kampfesweise!

Deutsche Arbeiter als Streikbrecher im Auslande? Wir verwiesen schon neulich darauf, daß in Antwerpen, wo bekanntlich die Hafenarbeiter sich in der Bewegung befinden, außer englischen Streikbrechern auch deutsche erwartet werden. Wir sind jetzt in der Lage, darüber Mitteilung zu machen, auf welchem Wege man den Antwerpener Hafenprotzen deutsche Streikbrecher zuzuführen versucht hat. Die Hamburger Reeder sind es, die den Antwerpener Unternehmern mit einigen ihrer Kontraktarbeiter zu Hilfe zu kommen suchten, die nun auf Grund ihres Kontrakts und der famosen Sparkasse in Antwerpen Streikbrecherarbeit verrichten müssen. Die Hamburger Schauerleute haben die Leute durch ein Flugblatt davor gewarnt. Um nun in Hamburg die Lücke wieder auszufüllen, beabsichtigen die dortigen Unternehmer, durch die bürgerliche Presse Leute als Kontraktarbeiter nach Hamburg zu locken. Es wird ein Wochenlohn von 30 Mk. geboten, ebenso 1 Mk. für die Stunde Nacht- oder Sonntagsarbeit; die Sparkasse wird allerdings nicht erwähnt. **Genossen! Haltet den Zuzug von Kontraktarbeitern aus dem Hamburger Hafen fern! Der Schub Kontraktarbeiter nach Antwerpen beweist deutlich, wozu die Leute gebraucht werden sollen,** sobald sie das Kontraktverhältnis eingegangen sind. Bei Beendigung der Aussperrung im April haben die Unternehmer Verhandlungen zum 1. Oktober zugesagt. Dann soll entweder der Schichtwechsel eingeführt oder der Lohntarif der Schauerleute entsprechend verbessert werden. Wenn es ihnen jetzt gelingt, genügend Kontraktarbeiter zu finden, werden sie für Zugeständnisse nicht zu haben sein. Dazu kommt, daß jeder Arbeiter, der als Kontraktarbeiter nach Hamburg geht, sich dem Unternehmertum gewissermaßen als internationaler Streikbrecher verschrieben hat. Sein Kontrakt zwingt ihn nicht nur, unter Umständen wider Willen seinen Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, sondern er kann, wie Figura zeigt, in eine Rolle gedrängt werden, durch die er der deutschen Arbeiterschaft den Ruf der Solidarität raubt und ihre Ehre für alle Zeit schändet! Soll die Arbeiterschaft des Auslandes mit Fingern auf das deutsche Proletariat zeigen? Soll der Ruf der deutschen Gewerkschaftsbewegung unter dem Unverstand einzelner Schaden leiden? Wenn nicht, dann halte jeder organisierte Arbeiter den Zuzug von Antwerpen fern! Dann meide man aber auch den Hamburger Hafen, wo ehrliche Arbeiter durch einen von ihnen nicht verstandenen Kontrakt gezwungen werden, die deutsche Arbeiterehre im Auslande zu schänden!

b. **Aus dem Gerichtssaal.** Vor der Strafkammer hatten sich am Mittwoch drei Hamburger Einbrecher zu verantworten. Der Arbeiter Z., der Maschinenbauer B. und der Bäckergehilfe L. — sämtlich vorbestraft — unternahmen Anfang Juli von Hamburg aus einen „Ausflug" nach Lübeck, um hier einen wohlvorbereiteten Einbruch auszuführen. Die Angeklagten hatten sich nicht nur vorher mit allerhand Diebeswerkzeug versehen, sondern auch noch einen Lageplan der Villa in der Curtiusstraße, die sie als Objekt auserkoren, mitgebracht. Die Bewohner der Villa waren verreist. Nachdem sich die drei Gesellen am Tage das Haus genau besichtigt und an den verschlossenen Türen sich überzeugt, daß die Bewohner nicht anwesend, trieben sie sich bis in die Nacht hinein in der Stadt umher. Gegen 11 Uhr gingen sie an die „Arbeit". Mittels Dietrich wurde die Kellertür geöffnet und von hier aus die Innenräume einer Revision unterzogen. Alle Schränke wurden erbrochen, und die Visitation beim Scheine einer Taschenlaterne gründlich besorgt. Die Diebe raubten Schmuck- und sonstige Wertsachen im Werte von 1300 Mk. Nach der Tat schlossen die Diebe das Haus wieder ab, setzten sich gemütlich auf eine Bank im Stadtpark und verteilten unter sich den Raub. Bei ihren vorwitzigen Reden wurden sie ertappt und kurze Zeit nachher festgenommen, als sie zum Bahnhof gehen wollten, um wieder nach Hamburg zu fahren. Die alle drei schon oftmals vorbestraften und von einem Hamburger Kriminalwachtmeister als sehr bekannte Einbrecher bezeichneten Angeklagten erhielten für ihre gemeingefährliche Verbrechen ganz empfindliche Strafen. Z. und L. wurden zu je fünf Jahren, B. zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Alle erhielten zehn Jahre Ehrenrechtsverlust und wurden unter Polizeiaufsicht gestellt. — Der Arbeiter K. aus Eutin erhielt wegen Diebstahl — er hatte 150 Pfd. Erbsenschrot gestohlen — 4 Monate Gefängnis.

„Futter zu kochen ist streng verboten!" So ist zu lesen auf einer Tafel, die in der Kaldaunenwäsche auf dem hiesigen Schlachthof hängt. Wohl selten wird ein Verbot so oft übertreten wie dieses. Man sollte eigentlich erwarten, daß hier, wo es sich um das Kochen von Schweinefutter, bestehend aus allerlei Abfällen, wie Pferdedärme, häufig ungereinigte Kalbsdärme, Geschlechtsteilen usw. handelt, etwas strengere Aufsicht vorhanden wäre, da derselbe Kessel auch zur Bearbeitung von Nahrungsmitteln dient. Wenn diese Zeilen dazu beitragen, daß die betreffende Tafel, die allerdings schon sehr verblichen ist, etwas mehr in Erinnerung gebracht würde, dann ist ihr Zweck erreicht.

Von einem Zuge überfahren wurde der Musketier N. von der 4. Kompagnie des hiesigen Regiments. Er hielt sich am Dienstag zwischen den Geleisen der Schlutuper Bahn auf. Der 4,15 Uhr von hier abgehende Zug fuhr ihm die Zehen des einen Fußes vollständig ab. Zunächst nahm man den Verletzten mit nach Schlutup, wo er verbunden wurde, dann schaffte man ihn ins hiesige Garnisonlazarett. N. hat sich vor 8 Tagen von seinem Truppenteil aus Furcht vor Strafe — er hatte als Ordonnanz 7 Mk. unterschlagen — entfernt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich mit Selbstmordgedanken getragen hat.

Warum sollen Pflanzen nicht in der vollen Sonne begossen werden? Diese jeden Gartenfreund interessierende Frage finden wir im „Kosmos", der bekannten naturwissenschaftlichen Monatsschrift, beantwortet wie folgt: Einmal, weil die Abkühlung der Pflanzen zu groß ist. Das zum Begießen dienende Wasser hat in allen Fällen eine bedeutend niedrigere Temperatur als die von der Sonne bestrahlte Pflanze. Noch mehr wird letzterer durch die im Sonnenschein rasch vor sich gehende Verdunstung des benetzenden Wassers Wärme entzogen. Sodann verdunstet in der vollen Sonne auch das Wasser an der Oberfläche des Bodens sehr schnell, und es bildet sich, zumal auf lehmiger Erde, eine zusammenhängende Kruste, welche den Zutritt von Luft und Wasser zu den unterirdischen Pflanzenteilen hemmt. Das Begießen der Pflanze mit zu kaltem Wasser ist aus dem zumeist angeführten Grunde schädlich, besonders aber auch deshalb, weil kaltes Wasser schwer und nur in geringen Mengen von den Wurzeln aufgenommen werden kann. Wir sehen daher manche im ersten Frühling blühende Pflanzen, welche ihr Wasser einem kalten, zeitweise sogar gefrorenen Boden entnehmen müssen, mit Einrichtungen gegen zu starke Wasserabgabe durch Verdunstung geschützt, um nicht zu vertrocknen. Hierher gehören z. B. die blaugrünen Wachsüberzüge an den Blättern des Schneeglöckchens (Galanthus nivalis), der Narzissen und Tulpen, die starke Behaarung der Kuhschelle (Pulsatilla vulgaris und pratensis). Daß die Temperatur des Gießwassers diejenige der Umgebung um einige Grad übersteigen soll, ist bei wärmerem Wetter nicht nötig.

pb. **Festgenommen** wurde ein russisch-polnischer Arbeiter, der in Schlutup als Erdarbeiter tätig war, weil er dringend verdächtig ist, seinem Logiskollegen 40 Mk. gestohlen zu haben.

pb. **Diebstahl.** Einem in einem hiesigen Hotel dienenden Mädchen wurde aus seinem verschlossenen Korb 17 Mk. gestohlen. Als Täter wurde ein Schlosserlehrling, der in dem Hotel Schlosserarbeiten ausführte, ermittelt. Bei ihm wurden noch 16,75 Mk. gefunden, die der Bestohlenen wieder ausgehändigt werden konnten.

pb, **Raub.** Ein in der Kantine des Hochofenwerks wohnhafter Arbeiter wurde am Montag, den 12. ds. Mts., abends gegen 9 Uhr, auf dem Rückwege von Schlutup, unterhalb Herrenwyk, von vier Personen, die er nicht erkannt hat, angefallen und ihm 8 Mark, sein Hut und seine Stiefel weggenommen.

pb. **Neue Verordnung.** Wie uns mitgeteilt wird, wird das Polizeiamt in Zukunft bei Kraftzweirädern von der Anbringung des hinteren Kennzeichens und der zu seiner Beleuchtung dienenden Laterne absehen, wenn das vordere Kennzeichen in der Längsrichtung des Fahrzeuges angebracht und mit ausreichender Beleuchtung versehen ist.

Stadthallentheater. Seit langem ist hier in Lübeck kein echt bayerisches Volksstück gegeben worden, endlich wird ein solches und zwar das gediegenste dieses Genres „Der Herrgottschnitzer von Ammergau" von Ganghofer und Neuert am Freitag in Szene gehen. Die reizenden Volksszenen, die frische Urwüchsigkeit entzücken das Publikum in jeder Weise. Sonnabend findet in Verbindung mit großem Militärkonzert die Aufführung des reizenden Lustspiels „Die Schulreiterin" und der humorvolle Militärschwank „In Zivil" statt. Diese Vorstellung nebst Konzert findet zu dem Einheitspreis von 50 Pf. auf jedem Platz statt. Sonntag geht die erste Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen in Szene. Zur Aufführung gelangt zuerst die Operette „Frühlingsluft" in 3 Akten von Strauß, hierauf das Lustspiel „Die Anna-Lise" in 5 Akten von Hirsch.

Wilhelm-Theater. Anläßlich des Benefizes des verdienstvollen Komikers Hermann Norden gehen morgen zwei Lustspiele: „Im weißen Rößl" und die Fortsetzung: Als ich wiederkam" in Szene. Herr Norden hat es verstanden im Laufe der Spielzeit sich die Gunst des Publikums in hohem Maße zu erringen und wird es ihm daher heute an seinem Ehrenabend an einem vollen Hause nicht fehlen, damit er mit „Giesecke" ausrufen kann: „Dett Geschäft is richtig!" — Sonnabend findet die letzte Aufführung von Shakespeares köstlichem Lustspiel: „Was ihr wollt oder: Der Dreikönigsabend" statt und zwar als volkstümliche Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg.

Schönberg. Ein Soldat verschwunden. Von den Mannschaften" des Art.-Regts. Nr. 9 „Graf Waldersee" aus Itzehoe, die hier in der letzten Woche in Gr.-Siemz einquartiert waren, ist der Kanonier Boye, der beim Hauswirt Freitag in Quartier lag, nach einer Mitteilung spurlos verschwunden.

Schwarzenbek. Messer- und Revolverhelden. In Hammarde kam es am Sonntag aus Anlaß einer Tanzmusik zu einer argen Schlägerei. Der Wirt Scharnbek wurde durch einen Schlag mit einem Seitengewehr schwer verletzt. Auch Messer und Revolver wurden als Waffen benutzt.

Hamburg. Unfall eines Hamburger Dampfers. Der Hamburger Dampfer „Marie Maschmann", Kapitän Wiese, mit einer Ladung Holz von Leith nach Alicante bestimmt, geriet infolge Nebels und Stromversetzung bei Niedrigwasser auf den Klippen bei der Insel Aurigny, westlich von Cherbourg, an Grund. Bei Hochwasser wurde er jedoch ohne Assistenz wieder flott und lief Cherbourg als Nothafen an. Das Schiff ist leck, kann aber mit eigenen Pumpen lenz halten. Der Kapitän lehnte die Assistenz eines Pumpendampfers ab. Der Boden ist anscheinend schwer beschädigt, doch halten die Tankdecken dicht. Der Dampfer ankert jetzt auf der Reede. Er hat starke Backbordschlagseite.

Harburg. Racheakt? Montag abend gegen 11½ Uhr war ein Schlachter aus Harburg in der an der Harburger Chaussee in Wilhelmsburg belegenen Gastwirtschaft „Wilhelmsburger Hof" eingekehrt. Als er die Wirtschaft wieder verließ, war sein Gespann verschwunden. Die sämtlichen Gäste beteiligten sich sodann an der Suche. Während der Wirt in seiner Gaststube allein anwesend war und sich mit Gläserspülen beschäftigte, betraten zwei Männer mit angeschwärztem Gesicht die Stube. Der eine gab sofort auf den Wirt einen Revolverschuß ab, worauf beide wieder verschwanden. Die Kugel ging dem Wirt in die Schulter; sie wurde später von einem Harburger Arzt wieder entfernt. Als kurze Zeit nach der Tat gerade ein Wagen der elektrischen Straßenbahn vorübergefahren kam, nahmen mehrere Fahrgäste die Suche nach den beiden Unbekannten auf. Auch die Gendarmerie entwickelte rege Tätigkeit, leider ohne Erfolg; man ist aber den Tätern auf der Spur. Es wird ein Racheakt vermutet.

Lauenburg. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Altona-Stormarn und Lauenburg), die am Sonntag in Lauenburg tagte, war von 64 Delegierten und Parteifunktionären besucht. Der gedruckt vorliegende, sehr umfangreiche Jahresbericht konstatiert ein erfreuliches Wachstum und eine innere Erstarkung der Partei. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am 1. Juli 1907 im 8. Kreise 7742, im 10. Kreise 603, zusammen also 8345 gegen 7584 am 1. Juli des Vorjahres. Mithin hat sich die Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahr um 761 erhöht. Ähnlich so verhält es sich mit der Presse. Die Abonnentenzahl z. B. des „Hamburger Echo" stieg von 8497 auf 8875, die der „Gleichheit" von 571 auf 789. An Flugschriften, Broschüren, Kalendern und sonstigen Schriften wurden, außer in der Wahlperiode, 16 in rund 260 000 Exemplaren verbreitet. Bei der Reichstagswahl kamen 321 000 Flugblätter und 94 000 Wahlzeitungen zur Verteilung. Versammlungen wurden außer der Wahlzeit abgehalten 58 öffentliche und 145 Vereinsversammlungen, 60 Wählerversammlungen haben getagt. Die Hauptkasse hatte am 1. Juli v. J. einen Kassenbestand von 7001,20 Mk. und vereinnahmte im Berichtsjahre 42 252,15 Mk., zusammen 49 253,35 Mk. Die Ausgabe betrug 46 294,51 Mk., so daß ein Kassenbestand von 2958,83 Mk. verblieb. Die Kosten der Reichstagswahl belaufen sich inklusive 3000 Mk., die an die Provinzial-Agitationskommission überwiesen wurden, auf 22 887,28 Mk. Dazu hat die Hauptkasse 7615,14 Mk. beigetragen, das übrige ist gedeckt worden durch Eingänge auf Sammellisten und sonstigen Zuwendungen. Die Mitgliedschaften und Vertrauenspersonen des Vereins hatten zusammen mit einem Kassenbestande von 10 984,79 Mk. im Juli v. J. eine Einnahme von 54 281,40 Mk. und eine Ausgabe von 46 519,13 Mk., mithin verblieb ein Kassenbestand von 7762,27 Mk. Von den verausgabten Geldern sind 28 175,60 Mk. in die Hauptkasse geflossen. In der umfangreichen Debatte wurde von fast allen Rednern die Notwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Beamten betont. Der Antrag wurde gegen sechs Stimmen angenommen. An Stelle der als veraltet bezeichneten seitherigen schriftlichen Agitation durch Flugblätter usw. wurde beschlossen, für beide Kreise eine vielleicht zunächst alle zwei oder drei Monate erscheinende Landarbeiter-Zeitung herauszugeben, in der auch den Verleumdungen der aus dem Reichslügenverbande usw. gespeisten Kreisblattpresse entgegengetreten werden soll. Annahme fand ein Antrag Wandsbek: „Die Generalversammlung möge beschließen, daß unsererseits bürgerlichen Parteien bei Reichstagswahlen keine Unterstützung zu teil werde." Der Antrag wird zunächst dem Provinzial- und dann dem allgemeinen Parteitag überwiesen. Beide Kreise sollen durch vier Delegierte auf dem Parteitage vertreten werden. Die Wahlen finden in vier Bezirken statt. Angenommen wurde der Antrag: „Die pp. Versammlung ersucht den Parteitag in Essen, endlich einmal der Frage zwecks Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher mit einheitlichen Beitragsmarken für die sozialdemokratischen Organisationen Deutschlands näher zu treten und den Parteivorstand zu ersuchen, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen." Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, der verlangt, daß der Parteitag zur Alkoholfrage einen Korreferenten aus der Reihe der Abstinenten bestimmen möge, weil der Referent zu diesem Punkt, Genosse Wurm, kein Abstinent sei. Zum preußischen Parteitage bleiben die Mandate der im vorigen Jahre als Dele-

gierte gewählten Genossen Heinrich- und Sievert-Altona, Roshitzki-Wandsbeck, Polinz-Schiffbeck und Wagner-Mölln bestehen. Dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen wurde der Antrag: „Der Vorstand wird beauftragt, baldigst ein Flugblatt herauszugeben, das die Wirkungen der deutschen Zoll- und Handelspolitik in volkstümlicher Weise schildert und sich ganz besonders mit den jetzigen hohen Lebensmittel- und Kohlenpreisen beschäftigt."

Dömitz. Eine schreckliche Explosion meldet soeben der Telegraph aus Dömitz. Heute morgen erfolgten auf der hiesigen Pulverfabrik hintereinander mehrere Explosionen. Soweit bisher festgestellt, beträgt die Zahl der Verwundeten **80**. In der Stadt sind eine große Anzahl Fensterscheiben usw. zertrümmert. Einzelheiten fehlen bis zur Stunde.

St. Peter (Westholstein). Liebes-Drama. Am Strande haben sich zwei Badegäste erschossen, ein Mann und eine Frau, laut Fremdenliste Krause und Gemahlin; es soll sich um einen 23jährigen Tuchfabrikanten aus Worms und um eine 19jährige Dame aus Hamburg handeln, die wegen ungenügender pekuniärer Verhältnisse und wegen Weigerung der Eltern die Ehe nicht eingehen konnten.

Brunsbüttel. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Elbmündung unweit der Brunsbütteler Badeanstalt. Der Arbeiter Behrmann aus Brunsbüttelhafen kreuzte mit seinem Schwager auf der Reede, als plötzlich infolge eines Windstoßes das Segelboot kenterte und die Insassen in die Elbe fielen. Auf den Hilferuf der beiden Männer wurde am Strande sofort ein Boot klargemacht. An der Unfallstelle angekommen, gelang es, den Schwager zu retten. Behrmann war leider schon von den Fluten verschlungen. Der Verunglückte, dessen Leiche noch nicht gefunden ist, hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

Rostock. Ein gemeines Verbrechen mit schweren Folgen wurde Montag vormittag zwischen 10 und 11 Uhr an einem achtjährigen Mädchen P. in Warnemünde verübt. Ein bisher unbekannter Mann lockte die Kleine in einen weniger beachteten Teil der Anlagen, vergewaltigte sie dort und verletzte sie so schwer, daß der Zustand des Mädchens augenblicklich noch bedenklich sein soll. Die hiesige Staatsanwaltschaft bemerkt dazu, daß es sich um einen Menschen von schlanker Figur mit blasser Gesichtsfarbe und starkem, blondem Schnurrbart handelt. Bekleidet war der Betreffende mit einem schwarzen Anzug, der weiße Muster aufwies, grauem Hut mit schwarzem Band, schwarzem Schuhzeug, weißem Leinenhemd, angeblich ohne Kragen. Hoffentlich gelingt es bald, den Unhold zu fassen. — Aus Warnemünde wird der „N. Z." dazu noch gemeldet: Am Sonntag abend hat sich ein Mann, auf den die Beschreibung genau paßt, beim Friseur Person den Vollbart abnehmen lassen, und auch gestern in den Nachmittagsstunden ist diese Person überall bettelnd im Orte gesehen worden, nur daß anstatt des grauen Filzhutes eine weiße Mütze die Kopfbedeckung bildete. Trotzdem ist es der Polizei noch nicht gelungen, den Unhold dingfest zu machen. Bereits am Sonntag machte sich der Mann bemerkbar, indem er bei einem Karussel die Kinder durch Beschenken mit Fahrkarten an sich zu locken suchte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unsern verehrten Abnehmern teilen wir hierdurch ergebenst mit, dass wir unsere Vertretung für

Lübeck und Umgegend

mit dem heutigen Tage Herrn

H. A. Wulff, Lübeck, Schüsselbuden 4

übertragen haben.

Wir bitten unsere geschätzten Kunden das uns bisher in so reichem Masse bewiesene Vertrauen auch unserem jetzigen Vertreter entgegenzubringen.

KIEL, den 14. August 1907.

Schlossbrauerei Kiel
Aktien-Gesellschaft.

Gesucht ein Schuhmacher
auf dauernde Beschäftigung.
Sadowastraße 34.

Schöne Fächerpalme
preiswert zu verkaufen.
Näheres Friedenstraße 12, I.

Zu verkaufen: **1 Herren- u. Damenrad** mit Freilauf und Rücktr., 1 zweitür. Kleiderschrank und Sofa. Zu besehen nach 6 Uhr abends. Langer Lohberg 41, pt., Hth.

Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß die Worte, die die ich gegen den Bauarbeiter **Kelling** ausgesprochen habe auf Unwahrheit beruhen und nehme hiermit das Gesagte zurück.

Lübeck, 14. 8. 07.

J. Hamann,
Adlerstraße 33, d.

Achtung!
Hafenarbeiter
(zentral).
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 16. August
abends 8¾ Uhr präzise,
im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Der Vorstand.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Manchesterhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

feinere Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kittel, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,98 Mk.
Rote Lubecamarken.

Empfehle in bester Qualität
Flohmen
aus nur eigenen Schlachtungen,
das Pfund **70** Pfg.
Ferner einen größeren Posten
Cervelat-Wurst,
das Pfund nur 1 Mark.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik.
August Scheere.
Detail-Geschäfte:
Holstenstraße 19. Breitestraße 44.
Mühlenstraße 20. Geverdesstraße 13.

St. Lorenz-Liedertafel.

Folgende Nummern wurden mit Gewinnen gezogen:

63	76	93	95	96	116	183
227	230	249	254	274	291	306
327	328	339	358	362	410	440
469	486	601	605	612	628	651
658	662	678	679	686	689	690
699	708	722	740	815	831	834
840	871	880	886	890	925	926
952	988	1017	1042	1073	1097	1101
1136	1171	1174	1194	1234	1247	1260
1329	1338	1366	1395	1427	1471	1472
1515	1536	1577	1583	1677	1768	1769
1772	1901	1927	1928	1932	1967	2055
2108	2141	2218	2237	2249	2295	2312
2370	2400	2430	2442	2453	2471	2519
2542	2554	2610	2619	2645	2663	2730
2744	2753	2778	2781	2836	2858	2862
2864	2865	2875	2906	2938	2952	2960
2974						

Die Gewinne sind am Freitagabend von 8—10 Uhr im „Reuterkrug", Moislinger Allee, später bei F. Niehus, Mittelstraße 4a abzuholen. Gewinne, welche bis zum 1. September 1907 nicht abgeholt sind, verfallen an die Vereinskasse.

Der Vorstand.

Gut erhaltene Sportkarre
zu verkaufen.
Hüxstraße 42, Flügel.

Achtung Bauarbeiter!

Mitgliederversammlung
am Freitag, den 16. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Bericht der Tarifkommission.
4. Das Begräbniswesen.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand

Verloren am 2. Aug. 1 mess. Wagenkapsel Abzug. geg. Bel. Kahlhorststr. 5.

Erben-Ermittelung.

Um Angabe der unbekannten gesetzlichen Erben der am 23. Februar 1907 hier verstorbenen Witwe des Bahnbeamten Eduard Friedrich **Wittfoht,** Maria Johanna Dorothea geb. **Meier,** wird gebeten.

In Betracht kommen vermutlich die Abkömmlinge der Großeltern der Erblasserin, da, soweit bekannt, Kinder, Eltern und Geschwister der Erblasserin nicht am Leben sind. Der Vater der Erblasserin hieß: Johann Franz Ludwig **Meier,** war verheiratet zuerst mit einer geb. Schultz, dann mit einer geb. Dührkop und wohnte Wahmstraße 46/26.

Lübeck, 14. August 1907.

W. Ahlers, Bismarckstraße 19.

Johannes Probst
Uhrmacher Marlistraße 29
Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Achtung Maurer!

Die von der Versammlung beschlossenen Sammellisten müssen auf allen Bauten sofort von einem Kollegen abgeholt werden. Rücklieferung spätestens Sonnabend den 24. August.

Der Vorstand.

NB. Die noch ausstehenden Karten vom Gewerkschaftsfest sind sofort abzuliefern, andernfalls dieselben als verkauft gelten.

Wilhelm-Theater.
Freitag 7½ Uhr. Außer Abonnement.
Benefiz für Spielleiter **Hermann Norden.**
Zwei Lustspiele von Blumenthal und Kadelburg.
Im weißen Rößl und die Fortsetzung:
Als ich wiederkam . . .
Wilhelm Giesecke — — Hermann Norden.
Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**
Zum letzten Male: **Was ihr wollt, oder: Der Dreikönigsabend.**

Stadthallen-Theater.
Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Freitag 8 Uhr: 58. Abonn.-Vorst.
Der Herrgottschnitzer von Ammergau.
Volksstück in 5 Akt. v. Ganghofer u. Neuert.
Sonnabend 7 Uhr: 59. Abonn.-Vorst.
Jeder Platz 50 Pfg.
Theatervorstellung
in Verbindung mit Militärkonzert!
Ausgef. v. d. Lübecker Regimentskapelle.
Dirigent: **Fl. Clausnitzer.**
Sonntag: Dopp.-Vorst. zu einf. Preisen
Operette **„Frühlingsluft",**
hierauf Lustspiel **„Die Anna-Lise".**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 189. Donnerstag, den 15. August 1907. 14. Jahrg.

Organisations-Entwurf für Preußen.

Nachstehender Organisationsentwurf wird auf dem am 21. November stattfindenden Preußentage zur Beratung gelangen:

§ 1.

Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen der Sozialdemokratie Preußens findet alle zwei Jahre eine Landeskonferenz statt.

§ 2.

Zur Teilnahme an der Landeskonferenz sind berechtigt:

a) die Delegierten der einzelnen Kreiswahlvereine mit der Maßgabe, daß die Vereine bis 1000 Mitglieder einen, bis 3000 zwei, bis 5000 drei, bis 10 000 vier und darüber fünf Delegierte zu wählen berechtigt sind;
b) die Delegierten der sozialdemokratischen Frauen Preußens;
c) die sozialdemokratischen Reichstags- resp. Landtagsabgeordneten Preußens;
d) die Landeskommission.

§ 3.

Zu den Aufgaben der Landeskonferenz gehören:

1. Prüfung der Mandate;
2. Entgegennahme der Berichte der Landeskommission und der Landtagsabgeordneten Preußens;
3. Beratung und Beschlußfassung über alle das Parteileben Preußens berührende Fragen;
4. Beschlußfassung über alle eingegangenen Anträge;
5. Wahl des Ortes, an welchem die nächste Landeskonferenz stattfinden soll.

§ 4.

Spätestens sechs Wochen vor Einberufung der Landeskonferenz hat die Landeskommission den einzelnen Kreiswahlvereinen einen Rechenschaftsbericht zu übermitteln und durch die hierfür bestimmten Parteiorgane den Termin sowie die provisorische Tagesordnung bekannt zu machen.

§ 5.

Alle Anträge zur Landeskonferenz sind spätestens drei Wochen vor Stattfinden derselben bei der Landeskommission einzureichen und ist diese verpflichtet, die Anträge und die von ihr vorzuschlagende Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor Stattfinden der Landeskonferenz in den hierfür bestimmten Parteiorganen zweimal hintereinander zu veröffentlichen.

§ 6.

Eine außerordentliche Landeskonferenz kann einberufen werden durch Mehrheitsbeschluß der Landeskommission.

Auf Antrag von vier Provinzialkomitees ist die Landeskommission zur Einberufung einer solchen Konferenz innerhalb vier Wochen verpflichtet. Weigert sich die Landeskommission, so hat die Einberufung der Landeskonferenz durch die Vorsitzenden der die Konferenz beantragenden Provinzialkomitees zu geschehen.

Die Fristbestimmungen für Anträge usw. fallen für die außerordentlichen Landeskonferenzen fort.

§ 7.

Die Abgeordneten und die Landeskommission haben in allen Fragen, welche ihre parlamentarische Tätigkeit resp. ihre Geschäftsführung betreffen, kein Stimmrecht auf der Landeskonferenz.

§ 8.

Die Unkosten für die Kreisdelegationen trägt jeder Kreiswahlverein.

§ 9.

Die Unkosten, welche durch die Geschäftsführung der Landeskommission resp. des geschäftsführenden Ausschusses entstehen, sind durch Umlageverfahren prozentual der Mitgliederzahl in den einzelnen Provinzen bezw. Kreiswahlvereinen zu erheben.

§ 10.

Die Landeskommission besteht aus je einem Vertreter jeder Provinz Preußens und von Groß-Berlin, die von der Landeskonferenz gewählt werden. Im Behinderungsfalle ist eine von dem betreffenden Provinzialkomitee zu stellende Vertretung zulässig.

Die Landeskommission wählt sich aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß von drei Personen. Der Obmann muß seinen Wohnsitz in Berlin haben und ist seine Adresse in den Parteiorganen bekannt zu machen.

§ 11.

Bei allen wichtigen Parteiaktionen, in denen die Sozialdemokratie Preußens beteiligt ist (Beschluß über die Art der Wahlbeteiligung, Demonstrationen u. dergl.), hat sich die Landeskommission mit den Provinzialkomitees rechtzeitig in Verbindung zu setzen, jedoch vor der Beschlußfassung in diesen Fragen mit dem Parteivorstande sich zu verständigen.

§ 12.

Die Kreiswahlvereins-Vorsitzenden oder Vertrauensleute der Kreise und die Provinzialausschüsse sind verpflichtet, sofort nach erfolgter Wahl der Landeskommission ihre Adresse mitzuteilen, sowie von jeder Adressenveränderung Kenntnis zu geben.

Wieder ein Seilbruch!

Im Bereiche der Mansfelder kupferschieferbauenden Gewerkschaft, auf dem Zirkelschachte bei Klostermannsfeld, sind aus dem Förderkorbe sechs Mann in die Tiefe gestürzt und zerschmettert worden. Sofort eingezogene Erkundigungen ergaben folgendes:

Entgegen dem sonst üblichen System der Förderung mittels eines Seiles liefen auf dem Zirkelschachte die Fördergestelle in vier Seilen, die durch die Boden an den Ecken der Körbe hindurchgeführt wurden. Der Schacht ist 400 Meter tief. Während der Mannschaftsförderung bei Beginn der Morgenschicht befanden sich auf den beiden Etagen der Körbe anstatt der vorgeschriebenen 11 je 13 Mann. In etwa 250 Meter Tiefe blieb der Korb hängen; einige Fäden des Drahtseiles waren gerissen, die abgerissenen Strähne hatten sich zu einem Knoten geballt, der nicht durch das Führungsloch im Boden des Förderkorbes ging. Der Korb wippte zur Seite und aus der oberen Etage stürzten die sechs Mann hinunter. Sie waren sofort tot und gräßlich verstümmelt. Ein Mann steckt zurzeit noch in dem zehn Meter tiefen Fahrgesümpfe; um ihn zu bergen, müssen erst ungeheure Schlammassen beseitigt werden.

Bei der Hast, in der sich die Förderung vollzieht, merkte der am Steuer stehende Maschinist das Leerlaufen der Maschine nicht, er ließ weiteres Seil abrollen. Endlich gab der Knoten nach: der Korb stürzte förmlich in den Schacht, und die noch darin befindlichen 20 Mann wurden sämtlich verletzt. Den meisten sind die Glieder verstaucht und gebrochen, einige haben starke Kopfwunden davongetragen; wieviel davon zeitlebens Krüppel bleiben werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Als ein großes Glück ist es noch zu betrachten, daß das Seil den furchtbaren Staucher ausgehalten hat, sonst hätte es statt 6 26 Tote gegeben.

Bei der Betrachtung über die neueste Katastrophe im Bergbau ist sofort eines festzustellen: der Korb war überlastet! Doch das ist schließlich nicht so schlimm. Die obere Etage des Korbes war nicht genügend umfriedigt, wie es für die Menschenförderung vorgeschrieben ist, sonst hätten die sechs nicht abstürzen können. Das Maß der Geschwindigkeit läßt sich sehr schwer hinterher feststellen. Doch behaupten die Bergleute, daß sich die Förderung mit unheimlicher Geschwindigkeit vollzogen habe; die Untersuchung bringt darüber hoffentlich Aufklärung.

Die Mansfelder Gewerkschaft ist eine geraume Zeit von größeren Unglücksfällen verschont geblieben. Infolgedessen — und auch wegen der steten Hetzjagd nach Ausbeute — ist mit Menschenleben in unverantwortlicher Weise gespielt worden. Auch muß daran erinnert werden, daß die millionenreiche, ausgezeichnet prosperierende Mansfelder Gewerkschaft 1014 junge Leute von 14 bis 16 Jahren unterirdisch beschäftigt. Durch das traditionell gewordene System der Unterdrückung, Bevormundung und der Erziehung im Stummschen Geiste wagt die Mansfelder Arbeiterschaft sich mit Klagen und Beschwerden nicht an die Öffentlichkeit. Abgeordneter des Kreises ist der berüchtigte Dr. Arendt, und die sozialistische Presse und die Arbeiterorganisationen finden in das Revier nur sehr schwer Eingang.

Um so mehr muß es Aufgabe der Öffentlichkeit sein, sich mit den Ursachen, die zu dem bedauerlichen Unfall führten, zu beschäftigen. Die „Eislebener Zeitung" — ein Blatt von Gewerkschafts Gnaden — schweigt sich vorläufig aus; offenbar sind ihr die nötigen Informationen „von oben" noch nicht zugegangen. Es darf gefordert werden, daß die strengste Untersuchung stattfindet. Vor allem existiert die Verordnung, wonach Förderseile vor jeder Menschenbeförderung auf ihre Unversehrtheit und Haltbarkeit zu prüfen sind, doch auch für das Eislebener Revier?! Und wenn ja, wie konnte eine derart schadhafte Stelle den prüfenden Augen des Beamten entgehen? Diese und noch eine ganze Reihe anderer Fragen zu beantworten, wird Sache der Untersuchungsbehörde der preußischen Berginspektion sein. Der Beamte für das Revier Eisleben hat freilich bis heute noch kein Wort des Tadels über die unmenschliche Kinderausbeutung in den seiner Aufsicht unterstellten Betrieben gefunden. Nach den bisherigen Erfahrungen in ähnlichen Fällen (Borussia usw.!) darf angenommen werden, daß auch hier das Resultat der Untersuchung sein wird: Nicht der Schatten einer Schuld fällt auf die Gewerkschaft und die Bergbehörde. — — Oder lautet der Spruch etwa anders?!

Soziales und Parteileben.

Der Abschluß eines neuen Tarifs zwischen dem Zentralverband der Konsumvereine und dem Zentralverband der Bäcker scheiterte bekanntlich auf dem Genossenschaftstag in Düsseldorf. Auf der nach dem Verbandstag stattgefundenen Versammlung derjenigen Vereine, die Bäckerei betreiben, wurde ein Kompromiß beschlossen, das dahin geht, daß die Genossenschaften die Arbeitsnachweisbestimmungen des Bäckertarifs anerkennen, während die Gewerkschaft der Bäcker auf die Bestimmungen bezüglich der Anstellung der Backmeister verzichtet. Ferner sollen der Vorstand der Bäcker und die Mitglieder der Tarifkommission eine Geschäftsanweisung für den Betrieb der Bäckerei-Arbeitsnachweise ausarbeiten. Dieser Beschluß ist nun zur schriftlichen Abstimmung bei allen auf dem Genossenschaftstag vertretenen Vereinen gekommen. Zur Abstimmung aufgefordert sind 247 Vereine. Es stimmten mit nein 8 Vereine, der Abstimmung enthielten sich 20 Vereine, 3 Vereine haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, 216 Vereine stimmten mit ja. Der neue Tarif ist am 1. Aug. 1907 in Kraft getreten und gilt bis zum nächsten Genossenschaftstag.

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Trostlos starrte die junge Frau in das Dämmerdüster des mehr und mehr hereinbrechenden Abends. „Wenn Du es so fassest, teurer Mann, so — so nimmst Du mir die Kraft, zu beharren! Warum könntest Du nicht auch fliehen und aus der Ferne mit vollem Namen Deine Erklärung an die Behörde richten? An die Stelle der gesetzlichen Strafe tritt dann die Flucht mit ihren Schrecken und Beängstigungen — aber wenn es Dir leichter fällt —"

Georg ergriff lebhaft ihre Hand.

„Ich glaube, das würde mir in der Tat leichter fallen, Marie! Ein Mann ist und bleibt ein Mann — und seine Ehre — doch wie darf ich noch von Ehre sprechen!" lachte er bitter auf. „O Kind, ist es nicht ein furchtbarer Gedanke, daß Dein eigener Bruder ohne es zu ahnen, den Spuren des Gatten seiner Schwester folgt, daß es seine Aufgabe ist, diesen der Rache des Gesetzes zu überantworten! Oft schon habe ich gedacht, ob es nicht das Beste wäre, wenn wir ihm anvertrauten — vielleicht könnte er uns raten und helfen!"

Marie stand auf.

„Nur das nicht", versetzte sie in entschiedener Weise. „Der arme Max könnte nichts für uns tun, wir aber brächten ihn in Konflikt mit seinem Gewissen. Er leidet schon genug durch Mohrings Schicksal und den Schmerz seiner Braut. Leider wird er noch früh genug erfahren —"

Sie vollendete nicht, sondern legte ihr Kind auf das Bett und [illegible] rasch in die anstoßende Wohnstube, wo sie den kleinen [illegible] fest schlafend auf den Dielen liegend fand. Sanft [illegible] ihn auf und küßte ihn. Georg war ihr gefolgt [illegible] von neuem an:

„[illegible] aber können wir tun, Marie — Deinem Bruder noch einmal mit aller Kraft unsere Überzeugung von Mohrings Unschuld ausdrücken und ihn anfeuern, alles zu versuchen, diese an den Tag zu bringen."

„Das wollen wir, Georg."

Sie trug den Knaben nach der Kammer, doch auf halbem Wege hielt ihr Mann sie auf.

„Marie — zürnst Du mir ob meiner — Feigheit?"

„Wir sind alle Menschen, Georg — und ich weiß nicht, was ich an Deiner Stelle empfände. Vielleicht ist Dein Anteil doch noch schwerer als der meine."

„Wenn es so wäre — bin ich doch der Schuldige! Aber Du zürnst mir nicht?"

„Habe ich Dir nicht gesagt, daß wir zusammen tragen was auch kommen mag?" entgegnete sie leise.

„O Marie, Du Gute, Teure, Edle!"

Über das Kind hinweg umfing er sie und preßte sie an sich und liebkoste sie — da ging gerade die Tür unvermutet auf und Max trat ein. Marie riß sich erschrocken los.

„Geniert Euch nicht, Kinder," beruhigte sie der Polizeibeamte. „Siehe wie fein und lieblich ist es, wenn Eheleute einträchtig bei einander wohnen! Ich bin fertig mit meinen Sachen — wie steht es mit dem Abendbrot? Ich wundere mich, daß Ihr mich garnicht ruft!"

„Ach Gott, das Abendbrot," rief Marie. „Sogleich, lieber Max. Sprich Du inzwischen mit ihm wegen Mohrings, Georg.

„Was ist mit Mohring?" forschte Max, indem er selber die auf dem Tische stehende Lampe anbrannte.

„Nichts weiter, als daß wir Dir noch einmal ganz nachdrücklich ans Herz legen wollten, Max, daß er völlig unschuldig leidet. Wir kennen ihn beide schon so lange — er duldet schuldlos: Mit meinem Leben möchte ich dafür einstehen!"

„Mit Deinem Leben?"

„Ja, Max. Setze allen Deinen Scharfsinn daran, den Unglücklichen zu befreien — er ist nicht schuldig!"

„Bin ich nicht der Bräutigam seiner Tochter? Glaube mir, Georg, darin liegt ein mächtiger Impuls für mich — aber magische Kräfte besitze ich nicht. Ja, wenn es mir gelänge, die wahren Verbrecher zu entdecken, dann — wäre er entlastet — aber so —"

„Hegst Du noch gar keine Vermutungen inbetreff der Falschmünzer?"

„Vielleicht doch," entgegnete Max ausweichend.

Georg prallte zurück — die Antwort stürzte auf ihn herab wie ein jäher Wasserstrahl.

„Vielleicht doch? Und darf man wissen —"

Max schüttelte den Kopf. „Amtsgeheimnisse," sagte er ernst und setzte sich auf seinen gewöhnlichen Platz an den Tisch. Während des Abendbrotes sprach er fast gar nicht und gleich nach dem Essen kehrte er in seine Stube zurück. Was beschäftigte ihn nur? Immer wieder durchmaß er die kleine Stube, bald quer, bald gerade, und immer wieder schüttelte er den Kopf, wie unter dem Eindruck von etwas Unbegreiflichem, Unfaßbarem. Er hatte heute absichtlich seinen Verwandten in die Bergschenke geführt, um aus Georgs Begegnung mit Schodler Schlüsse ziehen zu können, ob seine Vermutungen wegen des Spielens seines Schwagers gerechtfertigt seien — hatte er vielleicht diese Überzeugung erlangt? Oder war es noch etwas anderes, was ihm durch den Kopf ging? Er schien sich selber nicht klar zu sein, da er immer wieder die Worte: „Undenkbar, unmöglich!" wiederholte. Erst gegen elf Uhr legte er sich nieder.

Die Haussuchung.

„Kiesigs Restaurant, zur Linde" — diesen stolzen Namen führte eine kleine Schenke im Innern der Stadt, deren Besitzer mit einem sogenannten „Büdchen" und einem Kramladen bescheidenster Qualität den Verschank von Bier und Spirituosen in einem niedrigen, die Größe eines gewöhnlichen Wohnzimmers nur wenig überschreitenden Raume verband. Die „Linde" paradierte vor dem Hause, sie befand sich noch in der Blüte der Jugend, oder vielmehr im Siechtum einer durch üble Einflüsse aller Art gestörten Kindheit, man hätte sie rhachitisch nennen können mit ihrem verkrümmten Stamm und ihrer Neigung zu Auswüchsen. Schatten spendete sie nicht, würde sie niemals spenden — und es war auch absolut nicht nötig in der kleinen engen Gasse, in die man ohnehin die Sonne hätte mögen nach Art der Schildbürger im Sacke transportieren, und wo jede Veranstaltung, welche geeignet erschien, die Sonnenstrahlen in ihrer Wirksamkeit zu stören, als fahrlässige Körperverletzung hätte bestraft werden müssen. Trotzdem rentierte sich das Restaurant vorzüglich, die „Gaststube" war jeden Abend überfüllt von Menschen, Dunst, Zigarren- und Pfeifenrauch; bei Kiesig war es „gemütlich", wie seine Kunden sagten, und außerdem bekam man für billiges Geld eine tüchtige Portion scharfgewürztes Essen, marinierten Hering, „Italienischen" und hausschlachtene Wurst oder Bratwurst.

Zur selben Zeit, als der Polizeibeamte aus Dresden in so seltsamer Erregung sein Zimmer durchmaß, rief Bentig, der sich in Kiesigs Restaurant an Bratwurst und Bier gütlich getan hatte, mit lauter Stimme:

Christliche Verräter. Bei dem Streik der Käselagerarbeiter in Kempten in Bayern zeigt sich wieder einmal die Doppelzüngigkeit der christlichen Führer in vollster Glorie. Als die dem freien Transportarbeiter-Verband angehörigen Salzer in den Streik traten, blieben die christlichen Verbändler stehen, und im „Neuen Münchner Tageblatt", einem christlichen Organ, erschien als Inserat ein großer Aufruf, durch den Streikbrecher nach Kempten gesucht wurden. Als unser Münchner Parteiorgan dieses verräterische Treiben annagelte, erklärte die Redaktion des Blattes heuchlerisch, sie sei für die Inseraten-Annahme nicht verantwortlich und veröffentlichte gleichzeitig eine Richtigstellung, in der unter Ausfällen gegen das sozialdemokratische Blatt behauptet wurde, die Christlichen seien in Kempten nur deswegen nicht mit in den Streik getreten, weil sie wegen ihrer geringen Zahl keinen Einfluß auf die Lohnbewegung ausüben könnten! Es sei aber bereits der Gauleiter des christlichen Transportarbeiter-Verbandes nach Kempten unterwegs, um seine Kollegen zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Dieser Anschluß ist bis heute noch nicht erfolgt, dafür veröffentlicht aber der Vorstand der christlichen Zahlstelle in Kempten eine Erklärung, in der er bekannt gibt, daß von ihm bereits vor drei Monaten mit den Unternehmern ein Tarif abgeschlossen worden sei und daß sie es ablehnen müßten, „durch fanatische Streikwut vielleicht Dutzende von Familien in Unglück, Not und Elend zu stürzen." Dieser Tarif ist abgeschlossen worden, obwohl die christliche Gewerkschaft wußte, daß der Tarif der freien Gewerkschaft am 1. August ablief. Jetzt berufen sich die Herren frech auf ihren Vertrag und lehnen es entrüstet ab, Vertragsbruch zu begehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Verräterstückchen im Einverständnis mit der Münchner Gauleitung ins Werk gesetzt wurde und daß die Entrüstung über den von der Münchner Post erhobenen Vorwurf des Verrats eine elende Komödie war. Das Spiel ist um so schamloser, als in Kaufbeuren, wo die Salzer ebenfalls streiken und die Christlichen die Bewegung in Händen haben, die Freiorganisierten ohne weiteres mit die Arbeit niederlegten, als ihre christlichen Kollegen den Streik beschlossen. Es zeigt sich nun das schöne Bild, daß in Kaufbeuren, wo die Arbeiter noch eine Mark mehr fordern als in Kempten, der Streik vom christlichen Bezirksleiter für berechtigt erklärt wurde, während in Kempten vom Vorstand derselben Organisation der Streikbruch als das gute Recht der Mitglieder bezeichnet und auf die „fanatische Streikwut" der freien Verbändler geschimpft wird. Der Vorgang ist symptomatisch für die Taktik der christlichen Führer, die darauf ausgehen, auf Schleichwegen kleine Vorteile zu erreichen und die freie Organisation, mit der sie offen nicht anbinden können, durch verräterische Nadelstiche zu schädigen. Hier haben sie es freilich so dumm angefangen, daß die eigenen Mitglieder empört sind und in Kaufbeuren zum Teil zum freien Verband übertraten. Glücklicherweise haben sie in Kempten nur 15 Mitglieder, die mit ihren Raußreißerdiensten die Unternehmer nicht retten können. Das Verräterstückchen aber wird manchem Arbeiter über die wahre Natur seiner „christlichen" Freunde die Augen öffnen.

Die Arbeitszeit in den Fabrikbetrieben Österreichs. Eine vom Arbeitsstatistischen Amt Österreichs herausgegebene Publikation gibt genauen Aufschluß über die Arbeitszeit in den Fabriken Österreichs. Die Aufnahme erfolgte im Mai 1906 in 12 594 Betrieben mit 1 037 601 Arbeitern. Unterscheidet man zwischen kontinuierlichen Betrieben, d. h. solchen, die wegen Untunlichkeit der Unterbrechung des Betriebsprozesses auch Sonntags arbeiten dürfen, und nichtkontinuierlichen, so zeigt sich, daß die Hauptmasse aller Arbeiter, nämlich 763 633, in nichtkontinuierlichen Betrieben beschäftigt war; in kontinuierlichen Betrieben arbeiteten bloß 16 285. Der Rest von 257 683 Arbeitern entfällt auf Betriebe, die sich aus kontinuierlichen und nichtkontinuierlichen Abteilungen zusammensetzen. Bei der Darstellung der Arbeitszeit sind die Arbeiter in den kontinuierlichen Abteilungen den Arbeitern der kontinuierlichen Betriebe, die in den nichtkontinuierlichen Abteilungen den Arbeitern der nichtkontinuierlichen Betriebe zugezählt. In den nichtkontinuierlichen Betrieben fanden 930 930 Arbeiter Verwendung. 8,8 Prozent oder 81 945 hatten eine Arbeitszeit von 9 Stunden und weniger, 427 732 oder 45,9 Prozent eine mehr als 9- bis 10stündige und endlich 407 688 oder 43,8 Prozent eine mehr als 10- bis 11stündige Arbeitszeit. 1,5 Prozent sämtlicher Arbeiter waren länger als 11 Stunden per Tag oder ohne festgesetzte Arbeitszeit beschäftigt. Ein Vergleich zwischen der Arbeitszeit der Männer und jener der Frauen zeigt, daß die Frauen ungünstigere Arbeitszeitverhältnisse haben als die Männer. Während von den Männern 10,4 Prozent 9 Stunden und weniger, 46,3 Prozent mehr als 9 bis 10 Stunden und 41,6 Prozent mehr als 10 bis 11 Stunden beschäftigt waren, fanden sich von den Frauen in den zwei ersten Arbeitszeitkategorien nur 5,5 und 45,2 Prozent, dagegen 48,5 Prozent mit einer Arbeitszeit von mehr als 10 bis 11 Stunden.

Die dritte ordentliche General-Versammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Elmshorn-Pinneberg) fand am Sonntag in Pinneberg statt. 22 Ortsvereine hatten 46 Delegierte entsandt und außerdem waren der Vorstand, die Kontrollkommission des Vereins, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" und die Agitationskommission Schleswig-Holsteins vertreten. Genosse v. Elm, der bisherige Reichstagsabgeordnete des Kreises, war ebenfalls anwesend. In einer Resolution wurde ausgesprochen, daß die vom Vorstand und der Kontrollkommission eingeführte Art der Agitation bei der Landbevölkerung zweckentsprechend ist. Es gehen regelmäßig Genossen aus den Städten, sogenannte „fliegende Arbeitersekretäre", auf das Land, kassieren Beiträge bei den Mitgliedern ein, versorgen die Landleute mit Lektüre und stehen ihnen mit Rat zur Seite. Sodann wird eine Zeitung „Der Wähler" für das Land herausgegeben. Eine Nummer dieser Zeitung ist bereits in 15 000 Exemplaren verbreitet worden. Auf Antrag des Vereinsvorstandes und der Kontrollkommission wurde Genosse A. v. Elm einstimmig wieder zum Reichstagskandidaten für den 6. Kreis aufgestellt. Ferner wurde Genosse A. o. Elm einstimmig als Delegierter für diesen Kreis zum internationalen Kongreß in Stuttgart bestimmt. Zum Parteitag in Essen soll auch nur ein Delegierter entsendet werden. Sieben Kandidaten wurden den Genossen des Kreises zur Wahl präsentiert. Aus der Versammlung heraus wurde folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„Die am 11. August 1907 in Pinneberg tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralvereins für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis spricht dem langjährigen Reichstagsabgeordneten v. Elm ihr unumschränktes Vertrauen aus. Sie weiß, daß er stets in der aufrichtigsten, arbeitsfreudigsten, energischsten und uneigennützigsten Weise der Partei und der Arbeiterbewegung gedient hat und noch dient, und erklärt es deshalb für eine Niederträchtigkeit, wenn er jetzt von Leuten, die sich als Parteigenossen gerieren, zum Gaudium der Gegner und in totaler Unkenntnis der Sache mit Schmutz beworfen wird, weil er analog früheren Entschließungen anderer hervorragender Parteigenossen sich gegen ihm zu weitgehend erscheinende Forderungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen interessierter Kreise in der Konsumgenossenschaftsbewegung erklärt hat."

Der Antragsteller führte aus, die Resolution könne überflüssig erscheinen, weil v. Elm das Vertrauen der Versammlung durch Übertragung des Reichstagsmandats usw. ausgesprochen sei, aber er halte es für notwendig, daß seinen Verleumdern und Beschimpfern in der unzweideutigsten Weise gesagt werde, wie man über sie denke. Er erinnere daran, daß Genosse v. Elm weiter nichts getan habe, als Forderungen des Lagerhalterverbandes in derselben Weise als zu weitgehend zu bezeichnen, wie das seinerzeit die Genossen Bebel, Auer und Singer mit den Forderungen des Vereins Arbeiterpresse getan hätten. — Genosse v. Elm erklärte, ihm sei es gleichgültig, ob die Resolution angenommen werde. Aber er habe es satt, sich von gewissen Journalisten beschimpfen und verleumden zu lassen und werde ihren Ausschluß aus der Partei beantragen. Was sie von ihm behauptet hätten, daß er sich gegen den Achtuhrladenschluß, gegen die Sonntagsruhe, gegen die Besserstellung der Angestellten und gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen habe, sei erstunken und erlogen. Mit diesen Behauptungen arbeiteten die gekennzeichneten Journalisten nur den Gegnern in die Hände. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

* * *

Hierzu bemerkt der „Vorw." mit Recht: Es will uns erscheinen, daß die Resolution und die dazu gehaltenen Reden von zu großer Empfindlichkeit gegen parteigenössische Kritik zeugen. Soweit wir gesehen haben, ist diese Kritik zwar sachlich scharf, aber in angemessenen Worten geführt worden — von Verleumdungen und Beschimpfungen der Person des Genossen v. Elm haben wir nichts bemerkt. Genosse v. Elm sollte sich deshalb seine Ausschlußanträge noch einmal reiflich überlegen.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin und Umgegend hielt am Sonntag Mittag eine Generalversammlung ab, die aus den acht beteiligten Reichstagswahlkreisen von 1044 Delegierten beschickt war. Aus dem vom Vorsitzenden des Verbandes erstatteten Halbjahresbericht ist erwähnenswert, daß der Mitgliederstand der acht Verbandsvereine am 31. Dezember 1906 64 968 war, der bis zum 30. Juni sich auf 78 364 steigerte. Die Gesamteinnahmen in der Berichtszeit betrugen einschließlich eines Vortrags von 29 000 Mk. aus dem Vorjahre rund 185 000 Mk., die Gesamtausgaben 162 148 Mk. Ein Antrag des vierten Kreises auf Einführung von Wochenabonnements auf den „Vorwärts" zum Preise von 25 Pf. führte zu einer lebhaften Debatte. Bei der Abstimmung fiel der Antrag mit 567 gegen 370 Stimmen. Zur Frage der Herabsetzung des Abonnementspreises und der Einführung des Wochenabonnements am „Vorwärts" lag den Delegierten zur Generalversammlung eine Denkschrift der Preßkommission vor, die zu einer Ablehnung der beiden von verschiedenen Seiten erhobenen Forderungen kommt. Es wird ausgerechnet, daß bei Herabsetzung des Abonnementspreises von 1,10 Mk. auf 1 Mk. der Ausfall an Abonnementsbeträgen bei dem jetzigen Abonnentenstande von 140 000 im Jahre ca. 169 000 Mk. betragen würde, so daß selbst bei dem hohen Überschuß des Geschäftsjahres 1905/06 ein Defizit von etwa 28 000 Mk. bei der gewünschten Verbilligung entstanden wäre. Ferner wird die Annahme zurückgewiesen, als ob der hohe Abonnementspreis von 1,10 Mk. pro Monat die Ausbreitung des „Vorwärts" hindere. Es wird in dieser Beziehung darauf verwiesen, daß die gegen Ende der 80er Jahre durchgeführte Verbilligung des „Vorwärts" von 1,35 Mk. auf 1,10 Mk. pro Monat keineswegs die von vielen Genossen erwartete Abonnentensteigerung nach sich zog, diese vielmehr der damaligen Bewegung entsprechend ohne Einfluß auf die Höhe der Auflage blieb. Dagegen ist vom Jahre 1902 ab die Auflage des „Vorwärts" von 52 000 auf 140 000 im Jahre 1907 gestiegen; eine Verbilligung des Abonnementspreises würde sicherlich kein rascheres Wachstum der Auflage herbeiführen können. Betreffs Einführung von Wochenabonnements hatte sich der Parteivorstand, einem Ersuchen der Preßkommission des „Vorwärts" entsprechend, an fünf Parteizeitungen, die Wochenabonnements seit längerer oder kürzerer Frist eingeführt haben, um Auskunft über die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel gewandt. Mit Ausnahme des „Hamburger Echo", an dessen Erscheinungsort besonders günstige Verhältnisse für das Wochenabonnement seit altersher vorhanden sind, rieten sämtliche befragten Zeitungsverlage von der Neueinführung von Wochenabonnements ab. Das gleiche geschah seitens der Parteispediteure, der Zeitungsausträgerinnen und der Hauptspedition des „Vorwärts", die die Mehrausgabe an Botenlohn bei dem jetzigen Abonnentenstande auf mindestens 86 000 Mk. im Jahre berechnete.

Sozialdemokratische Landeskonferenz in Sachsen. 1. Tag. Im Volkshaus, im eigenen Heim der Arbeiterschaft Dresdens, finden die Verhandlungen statt. Allein die Tagesordnungspunkte: Die Reichstagswahlen, vor allem aber: Die Wahlrechtsfrage und die nächsten Landtagswahlen in Sachsen, geben diesen Verhandlungen eine ganz besondere politische Bedeutung. Zu Vorsitzenden werden Fleißner-Dresden und Lipinski-Leipzig gewählt. Richter-Dresden begrüßt die Konferenz im Namen des Lokalkomitees und betont, daß Dresdens Arbeiterschaft eifrig an der Arbeit sei, die Scharte vom 25. Januar — den Verlust von Dresden-Altstadt — wieder auszuwetzen. In Dresdens drei Wahlkreisen seien gestiegen: die politisch Organisierten von 12 800 auf 19 500, die gewerkschaftlich Organisierten von 70 000 auf 100 000 und die Abonnenten der Parteipresse von 27 000 auf 36 000. Zum Geschäftsbericht des Zentralkomitees bemerkt Sindermann, daß die vom Zentralkomitee vorgeschlagene Beitragserhöhung für die Parteiorganisationen auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied notwendig sei und ebenso unzutreffend die Einwände dagegen. In den sechs Kreisen, die 10 Pfg. Beitrag erheben, seien die Organisationen am stärksten, von 28 432 auf 44 665 gestiegen. Beschlossen wird, den Beitrag pro Woche und Mitglied auf 10 Pfg. zu erhöhen. Ferner wird Lipinski-Leipzig beauftragt, eine Broschüre zu bearbeiten, die die behördlichen Maßnahmen in Sachsen gegen die Arbeiterbewegung auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinsrechtes zusammenstellt. Braune-Dresden empfiehlt, das Obligatorium für die sächsischen Gemeindevertreter zum Bezuge der „Kommunalen Praxis" aufzuheben, und begründet es damit, daß von den sächsischen Gemeindevertretern berechtigte Beschwerden darüber vorgebracht seien, daß die sächsischen Gemeindeverhältnisse nicht genügend berücksichtigt würden. Dagegen führt Bruns-Berlin aus, daß von den 55 000 Druckzeilen der „Kommunalen Praxis" in den letzten beiden Jahren allein 14 000 die sächsischen Verhältnisse behandelten. Sindermann hebt aber hervor, daß wohl die beiden Städte Leipzig und Dresden den größten Teil der 14 000 Zeilen in Anspruch nahmen, aber die Verhältnisse der 1250 Landgemeinden nicht genügend berücksichtigt und behandelt würden. In dem heutigen Zustand könne sie den Vertretern der Landgemeinden nichts nützen. Bruns-Berlin, der Verleger der „Kommunalen Praxis", meint, daß es ihm scheine, als wenn man wieder einen besonderen Teil der „Kommunalen Praxis" haben wolle. Da läge es doch im Interesse der Partei, sich an den Parteitag zu wenden und dort eine neue, andere Ausgestaltung des Organes zu beantragen. Auch nicht eine

---

„Frau Kiesig — zahlen!"

Frau Kiesig, eine junge Frau, deren übermäßige Körperfülle zu ihrer grauen, fahlen Gesichtsfarbe und dem asthmatischen Stickhusten, von dem sie gequält wurde, in auffälligem Gegensatz stand, watschelte herbei.

„Schon fort, Herr Bentig? S' ist ja erst zehn."

„Solide Leute gehen früh zu Bett", lachte der Markthelfer.

„Der Schlaf vor Mitternacht soll allerdings der beste sein," stimmte Frau Kiesig grinsend in den Scherz ein. „Ich komme zwar selber fast nie dazu, es zu probieren —"

„Deshalb sind Sie auch so spindeldürr," foppte Bentig, der jungen Wirtin die aufgedunsenen Wangen kneifend. Dann legte er prahlerisch ein Zwanzigmarkstück auf den Tisch und sagte wichtigtuend:

„Mein letzter Wochenlohn, Frau Kiesig — aber sehen Sie sich das Goldstück lieber genau an, es stammt von Mohring her."

„Von Mohring?" fragte die Wirtin mißtrauisch. „Dann freilich —"

Sie ließ das Goldstück auf den Tisch niederklingen. „Ich glaube, es ist echt," erwiderte sie zögernd. „Aber ich will mal meinen Mann fragen."

Kiesig, der in dem einem Vogelbauer gleichenden Buffet stand, nahm das verdächtige Stück mit bedächtiger Miene, wog es erst sorgfältig in der Hand, klimperte dann damit an einem Glase, betrachtete es darauf aufmerksam von beiden Seiten, probierte mit dem Finger den Rand und äußerte schließlich, es seiner Frau zurückreichend:

„Das ist unecht, Lieschen."

„Wirklich?"

„Gar kein Zweifel. S' hat auch keinen richtigen Klang und ist sicherlich etwas leichter wie ein echtes. Ich nehm's nicht."

Bentig, von dem Resultat unterrichtet, schäumte wütend auf. —

„So ein Schuft, so ein Lump," wetterte er. „Mich armen Teufel auch noch reinzulegen! Na wart, dem will ich heimleuchten — morgen trag ich's aufs Amt!"

„Am Ende ist's doch gut," mahnte die Wirtin zur Vorsicht. „Lassen Sie es erst morgen früh nochmal bei Voglers untersuchen."

„Na das will ich," brummte Bentig. „Aber s' wird schon richtig sein."

„Zeig mal, Bentig," rief sein Nachbar und prüfte nun seinerseits das Goldstück, das von Hand zu Hand ging und mit allen üblichen Mitteln auf seinen Wert oder Unwert erprobt wurde. Die Majorität entschied sich für die Imitation und das gab ein erwünschtes Thema zur Unterhaltung ab, in welcher der unglückliche Mohring, an dessen gute Eigenschaften niemand mehr zu denken schien, ziemlich hart mitgenommen wurde. An seiner Schuld hegte niemand einen Zweifel — wo sollte er denn die falschen Goldstücke herhaben — und dann eben der neue Beweis! „Das bricht ihm den Hals," entschieden die anwesenden Gäste und Bentig mit seinem falschen Goldstück war allen eine wichtige Persönlichkeit.

Der Markthelfer schien sich anders besonnen zu haben, er ließ das Zwanzigmarkstück am anderen Morgen weder nachprüfen, noch lieferte er es auf dem Amte ab. Das war jedoch auch nicht nötig — das Gerücht von dem Vorfall hatte sich rasch verbreitet und bereits am Nachmittag sprach der Polizeidiener des Städtchens bei Bentig vor, und forderte ihn auf, sich mit dem Corpus delicti sofort auf der Polizei einzufinden. Auf die Frage, warum er, Bentig, nicht Anzeige gemacht habe, erwiderte der Schurke treuherzig: „Es tat mir so leid um den armen Herrn Mohring" — ein Manöver, durch welches er die Glaubwürdigkeit seiner Aussage bedeutend verstärkte.

Max eilte auf die erhaltene Mitteilung hin unverzüglich zu Grete, ihr bei diesem neuen Schlag tröstend zur Seite zu stehen; das arme Mädchen saß in Tränen aufgelöst im Wohnzimmer.

„Wie ist dies neue Ungemach zu erklären?" rief der Polizeibeamte erregt. „Wenn Dein Vater unschuldig ist —"

„Er ist unschuldig," unterbrach ihn Grete schluchzend. „Willst auch Du an ihm zweifeln, Max?"

„Nein, nein — aber sage selbst, Grete, wenn er unschuldig ist, so stehen wir hier vor einem völligen Rätsel. Wie kommt er nur zu so vielen Stücken des falschen Goldes?"

„Ich weiß es nicht," seufzte das junge Mädchen.

„Du bist doch stets um ihn gewesen — Du hast doch nie etwas Verdächtiges bemerkt?"

Grete fuhr empört von ihrem Stuhle auf.

„Max —"

„Liebes Herz, wir dürfen uns, wenn wir Deinem armen Vater wahrhaft nützen wollen, nicht mit leeren Beteuerungen begnügen, daß wir auf ihn vertrauen — wir müssen den Fall kritisch und objektiv ins Auge fassen. Laß uns einmal annehmen, er sei uns ein Fremder und es könne ihn in Wahrheit ein Verdacht treffen. Er hat nie Umgang mit Persönlichkeiten gehabt, die Dir nicht gefielen?"

„Niemals, Max."

„Du hast auch nie irgendwelche Veränderung in seinem Benehmen wahrgenommen? Besonders in den letzten Wochen?"

„Nie!"

„Erschien es Dir nicht auffällig — sei nicht böse, daß ich es erwähne, Grete, es geschieht nur, um keinen Umstand zu übergehen — aber erschien es Dir nicht auffällig, daß er eine so lebhafte Befremdung zeigte, als ich euch von der Art meines neuen Berufs unterrichtete?"

„Ich habe Dir schon erklärt, wie das zusammenhing, Max."

„Jawohl — indessen — er zeigte sich förmlich entrüstet, als ich ihm die Mission offenbarte, die mich hierhergeführt —"

„Weil er nicht glauben mochte, daß in unserem Städtchen ein so gemeines Verbrechen eine Stätte findet!"

„Ja, ja, das ist alles möglich — wo stammen aber nur die falschen Goldstücke her?"

Grete wandte sich tiefverletzt von dem Geliebten ab.

„Ich sehe schon, auch Du bist angesteckt von dem allgemeinen Mißtrauen," äußerte sie gekränkt. „O Max, wenn Du wüßtest, welch bitteres Unrecht Du meinem unglücklichen guten Vater zufügst! In seinem Herzen ist kein Falsch — hier ist irgend ein unerklärlicher Zufall im Spiel, ein Verhängnis — möchten sich aber auch noch mehr scheinbare Beweise gegen ihn finden, ich kenne ihn zu gut, um auch nur einen Augenblick an ihm zu zweifeln!"

Er trat hinter sie und legte seine Hand liebevoll auf ihre Schulter.

„Verkenne mich nicht, Grete," sagte er sanft. „Denke Dich auch in meine Situation. Ich bin damit beauftragt, die Urheber gerade des Verbrechens zu ermitteln, dessen man Deinen Vater beschuldigt. Selten hat wohl einer meiner Kollegen seine Berufstätigkeit unter so schweren Umständen auszuüben begonnen, als ich!"

(Fortsetzung folgt.)

einzige Beschwerde oder Anregung in dieser Richtung sei von den sächsischen Genossen in den letzten zwei Jahren gekommen. Die Konferenz beschließt, das Obligatorium aufzuheben, den Gemeindevertretern den Bezug der „Kommunalen Praxis“ zu empfehlen.

Wegen Religionsvergehens war die Genossin Grünberg, Arbeitersekretärin in Nürnberg, angeklagt. Sie soll in einer Versammlung in Oberfranken die heilige Jungfrau Maria beleidigt und die katholische Kirche beschimpft haben. Aus einer Kritik des Verhaltens der katholischen Geistlichkeit des betreffenden Ortes, die uneheliche Mütter einschüchtern und von der Organisation abhalten wollte, hatte man das blödsinnigste Zeug zusammenkonstruiert, um die Genossin dem Staatsanwalt auszuliefern. Zur Verhandlung am Landgericht in Bamberg war Genosse Kurt Eisner als Sachverständiger geladen. Er schilderte seine Erfahrungen, wie Anklagen gegen Versammlungsredner zustande kommen, selbst tüchtige Journalisten eine Rede oft nicht sinngemäß wiedergeben könnten, geschweige denn weniger gebildete Personen und dazu — wie in diesem Fall — erst nach einigen Monaten. — Der Staatsanwalt beantragte 5 Tage Gefängnis, jedoch bedingte Begnadigung, weil die Äußerung, die er entgegen des jämmerlichen Zeugenbeweises als gegeben erachtete, schließlich eine Entgleisung sei. — Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Bildungsarbeit. Ein Bildungsausschuß ist nun in Halle a. S. gegründet worden. Die Leitung besteht aus Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftskartells. Die erste Veranstaltung fand am Donnerstagabend im großen Saale des „Volksparkes“ statt. Genosse Schriftsteller Fritz Kunert-Berlin, der Kandidat des Kreises, sprach in stark besuchter Versammlung über die Aufgaben der Partei und erzielte lebhaften Beifall. — In den erzgebirgischen Parteiorten Lößnitz, Aue, Schneeberg, Stollberg und Lugau veranstalten zur Zeit die Genossen fünf auf mehrere Wochen berechnete Einführungskurse in den wissenschaftlichen Sozialismus, die vom Gen. Rühle-Leipzig geleitet werden und die sich reger Beteiligung von seiten der Parteigenossen erfreuen. Das Gewerkschaftskartell zu Kaiserslautern wird im Winterhalbjahr Unterrichtskurse veranstalten. Sie sollen sich mit Wirtschaftsgeschichte, politischer Geschichte und sozialistischer Geschichte, materialistischer Geschichtsauffassung und Naturwissenschaft befassen. Für den vollen Lehrgang sind zwei Winterhalbjahre in Aussicht genommen. Ein dritter Kursus soll für Vorgeschrittenere folgen, damit soll eventuell auch Aufsatzlehre und -Schreiben verbunden werden.

Wie gut uns der „Niederritt“ bekommen ist, geht aus einer Aufstellung unseres Halleschen Parteiblattes hervor, in welcher festgestellt wird, daß sich die Zahl der politisch organisierten Genossen im Regierungsbezirk Merseburg von Ende November 1906 bis Ende März 1907 von 9374 auf 11 594 gehoben hat. Also in vier Monaten sind in dem einen Regierungsbezirk 2220 neue Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins gewonnen worden. Noch bedeutend stärker hat die Mitgliederzahl der Gewerkschaften und die Abonnentenziffer der Parteipresse dort zugenommen. In ähnlicher Weise ist uns der „Niederritt“ im ganzen Reich bekommen.

Zur Etatbewilligung in Württemberg. In der „Schwäbischen Tagwacht“ wird angezeigt, die Landtagsfraktion werde später eine offizielle Darlegung der Motive, die sie geleitet haben, veröffentlichen; im Augenblick fehle ihr die Zeit. „Sie hat sich zunächst noch den weiteren Landtagsarbeiten zu widmen und die meisten ihrer Mitglieder sind daneben stark in Anspruch genommen von den Vorarbeiten für den Internationalen Kongreß, dessen geordneten Verlauf zu gewährleisten eine dringlichere Pflicht der württembergischen Partei ist als die Erörterung über die Budgetbewilligung. Diese kann in aller Ruhe und Sachlichkeit stattfinden, wenn der Internationale Kongreß hinter uns liegt. Es folgt dann sofort der deutsche Parteitag und im Anschluß daran die württembergische Landesversammlung, beides die zuständigen Instanzen, vor denen eine gründliche Aussprache erfolgen kann.“

Drei Redakteure im Gefängnis. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Zu den beiden auf Hoheneck residierenden Redakteuren unserer Zeitung gesellt sich als dritter im Bunde Genosse Alfred Herre, der seinerzeit im Überschriftenprozeß zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Genosse Seger wird Ende dieses Monats die Feste verlassen, während sich für den Genossen Heinig erst reichlich übers Jahr die Pforte öffnen wird.

Wie man sozialdemokratische Preßsünder behandelt. Genosse Radlof von der „Breslauer „Volkswacht“, der soeben nach dreimonatlichem Aufenthalt das Gefängnis verlassen hat, mußte dort die Erfahrung machen, daß ein Direktionswechsel in der Strafanstalt eine Verschlechterung in der Behandlung des sozialdemokratischen Preßsünders im Gefolge hatte. Die Selbstbeschäftigung wurde ihm allerdings bewilligt, dagegen hatte er Schwierigkeiten bei den Forderungen nach Zeitungslektüre und Tragen der eigenen Kleidung. Erst nach längerem Verhandeln wurde ihm beides gewährt. Entzogen wurden dagegen Vergünstigungen beim Spazierengehen und Baden, die früher für die Preßsünder als selbstverständlich galten.

Eine Blüte deutscher Justiz! Aus dem Elsaß wird berichtet: Unserem Reichstagsabgeordneten Emmel-Mülhausen ist etwas Absonderliches passiert. Er erhielt neulich einen Strafbefehl wegen unerlaubter Abhaltung einer Versammlung in dem Orte Kembs. Die Sache liegt aber so: 1. war Emmel überhaupt noch nie in Kembs, und 2. war in Kembs die inkriminierte Versammlung überhaupt nie abgehalten worden. Und das Sonderbare ist, daß Emmel wegen dieser Versammlung zu einer Geldstrafe von 1 Mk. verurteilt wurde, wiewohl das Gericht anerkannte, daß 1. Emmel noch nie in Kembs gewesen sei, und 2. daß die inkriminierte Versammlung nie stattgefunden hatte. Also! Was Emmel in die Schuhe geschoben wurde, war der Umstand, daß er als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Wahlkomitees (die Sache spielte in der Zeit der Reichstagswahlen) die Versammlung zu arrangieren hatte. Darum sei er, auch wenn ihm die ganze Geschichte unbekannt sei, doch der Einberufer jener Versammlung. Diese Versammlung hatte übrigens deshalb nicht stattgefunden, weil der Gendarm und der Bürgermeister im letzten Moment interveniert hatten. Der Clou war, daß der Amtsanwalt beantragte, eventuell Emmel wegen Beihilfe zur unberechtigten Einberufung einer Versammlung zu verurteilen. Die Beihilfe soll er einem — Unbekannten geleistet haben. Und so urteilte das Gericht. — Eine Blüte deutscher Justiz!!

Die sozialistischen Millionäre. Wie sich die kapitalistische Presse Deutschlands von Zeit zu Zeit aufregt über die „Villa“ Bebels am Züricher See und den Reichtum einiger andrer Parteigenossen, so geschieht das auch in andern Ländern. Unser belgischer Genosse Vandervelde ist bekanntlich auch kein Proletarier, er stammt aus einer reichen belgischen Familie und braucht nun nicht in die kapitalistische Fron zu gehen, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Das fordert den Neid der Söldlinge der kapitalistischen Presse heraus und so wird jetzt in den belgischen Blättern sehr viel über den Reichtum Vanderveldes fabuliert. Das katholische Blatt „Der Patriot“ stellt, nachdem er der Tätigkeit Vandervelds für die Sache des Proletariats volle Anerkennung hat zuteil werden lassen, die Frage an die Sozialisten, ob sie denn das Privateigentum der Reichen respektieren, wenn diese Sozialisten sind. Auf diese Frage antwortet unser Brüsseler Parteiorgan sehr nett und präzis:

1. Die wohlhabenden Sozialisten sind vermöge ihrer Mittel unabhängig, ihr Vermögen gestattet ihnen, die Verteidigung der Arbeiterklasse zu führen, ohne Furcht haben zu müssen vor der Rache der Klerikalen und der Kapitalisten.

2. Besitz sichert nicht bloß die individuelle Freiheit, sondern verschafft dem Menschen auch jenes Wohlbefinden, das der Sozialismus allen Menschen bringen will.

3. Um unser Ziel, die Sozialisierung des Eigentums zu erreichen, muß dieses den Reichen abgenommen werden.

4. Die reichen Sozialisten arbeiten mit uns, mit der gesamten Arbeiterpartei an der Erreichung dieses Zieles.

5. Sie sind ihres Schicksals sicher. Wenn der Moment gekommen sein wird, werden auch sie enteignet, wie alle andern. —

Die Agitation in Transvaal wird zurzeit mit großem Eifer von dem englischen Genossen Wilson betrieben. Dieser hat schon etwa 30 Versammlungen abgehalten, die von Tausenden besucht waren. Die organisierte Arbeiterschaft von Transvaal hat ihn ersucht, längere Zeit in Südafrika zu bleiben und die politische und ökonomische Organisierung der dortigen Arbeiterklasse zur Ausführung zu bringen.

Aus dem Gerichtssaal.

Hokuspokus aus der „Weltstadt“ Berlin. Am Montag stand eine „Wahrsagerin“, die wie so viele andere ihrer „Berufs“genossinnen mit großem Erfolg auf die Leichtgläubigkeit derjenigen spekulierte, die bekanntlich „nicht alle werden“, in der Person der 73jährigen „Kartenkünstlerin“ Wilhelmine Fischer vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts II in Berlin. Die Verhandlung zeigte wieder einmal, was in der Großstadt im zwanzigsten Jahrhundert noch immer möglich ist, und wie selbst Frauen, die sich auf ihre Intelligenz etwas einbilden, sich danach drängen, durch den Mund alter ungebildeter Frauen etwas über ihre Zukunft zu erfahren und sich aus Kaffeegrund oder aus Karten wahrsagen zu lassen. Frau Fischer, die ihre „Künste“ nacheinander in Wilmersdorf, in Steglitz und in der Wormserstraße in Charlottenburg ausübte, ist eine überaus geschwätzige, körperlich noch rüstige alte Frau. Sie war früher Köchin, war dann einige Jahre hindurch unglücklich verheiratet, besitzt einige uneheliche Kinder und hat ein dürftiges Leben geführt, bis sie sich als Kartenlegerin und Wahrsagerin etablierte. Sie ist auch schon mehrmals vorbestraft. „Literarische“ Unterstützung in ihrem Gewerbe leistete ihr ein wegen Blödsinns entmündigter Sohn, der ihr bombastische Reklamezettel anfertigte, durch die sie zum Besuche ihres Salons einlud. Diese Zettel wurden gewöhnlich durch Kinder auf den Straßen und in den Häusern verteilt. Den Kindern soll sie den ihnen zugesagten Lohn betrügerischer Weise vorenthalten und soll außerdem auch durch deren Beschäftigung gegen das Kinderschutzgesetz verstoßen haben. Die massenhaft verbreiteten Zettel priesen die Wahrsagekunst der Angeklagten in der schwülstigsten Art und Weise an. Sie wurde darin gefeiert als „weltberühmt seit dem Jahre 1898“. Durch Gerichtsbeschluß sei ihr Gewerbe ihr gestattet. Es handele sich nicht um Hokuspokus oder Sympathie, sondern um die „einzig wirklich studierte Kartenkunst“, für die „zahlreiche öffentliche Anerkennungen vorlägen“. Außerdem sollte jede Besucherin gleichzeitig in allen juristischen Angelegenheiten von einem juristisch gebildeten Manne gegen geringe Gebühr Rat und Schutz erhalten. Dieser juristisch gebildete Beirat war der als blödsinnig entmündigte Sohn der Angeklagten, den diese in vollem Mutterstolz nicht für blödsinnig, sondern für sehr schlau erklärte. Die Donnerstage und Freitage waren in den Reklamen als Elitetage angesetzt. Als schließlich ein gerichtliches Verfahren gegen die Angeklagte eröffnet wurde, hielt sie es für angemessen, eine Zeitlang zu verschwinden. Später tauchte sie unter dem Namen Schickus wieder auf und nannte sich „Chiromantin“. In ihren Reklamen sprach sie wieder davon, daß es sich um „keinen Hokuspokus“, „keine Sympathie“, sondern nur um „studierte Planeten- und Kartenkunst“ handele, daß sie große Erfolge und öffentliche Anerkennungen aus aristokratischen und bürgerlichen Kreisen aufzuweisen habe und vielfach ehrenvoll ausgezeichnet sei. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, was denn „Chiromantie“ sei, hatte sie keine Antwort, dagegen beantwortete sie die Frage, ob sie denn wisse, was ein Planet sei, folgendermaßen: „Planet ist die Stunde, in der der Mensch geboren ist“. Bei ihrer Vernehmung bestritt sie, betrügerische Absichten gehabt zu haben und erklärte: „Ich kann Hunderte von Zeugen bringen, daß ich ihnen sehr richtig Todesfälle, große Reisen, Glücksfälle usw. prophezeit habe, und alles ist eingetroffen. Sehr vornehme Leute sind bei mir gewesen, sogar vom königlichen Schloß sind Damen bei mir gewesen und alle waren immer sehr zufrieden. Nach der Bekundung der wenigen Zeuginnen, die vernommen wurden, empfing die Alte ihre Gäste in einem ziemlich dunklen Zimmer, breitete dann Karten vor sich aus, die mit allerhand Gebilden, z. B. Monden, Broten, Scheren usw. bemalt waren, und brummte absolut unverständiges und konfuses Zeug vor sich hin. Nur ein junges Mädchen hatte aus dem Gefasel der modernen Sibylle den Rat herausgehört, daß sie sich keinen Schwarzen, sondern einen Blonden als Bräutigam anschaffen sollte. Unter den Zeuginnen befanden sich wirklich einige, die zugaben, an die prophetische Kraft der Alten geglaubt zu haben; andere erklärten verschämt, daß sie mehr aus Neugierde auf Grund der Reklamezettel den Weg angetreten hätten. Für die Sitzung wurde ein Honorar von einer Mark beansprucht, „ohne der Wohltätigkeit Schranken zu ziehen.“ Die F. begnügte sich aber auch mit wenigen Groschen. Unter den Zeuginnen befanden sich nicht nur junge Mädchen, sondern auch Frauen. Die Angeklagte ist längere Zeit hindurch in der Charité auf ihren Geisteszustand beobachtet worden. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte wegen wiederholten Betruges zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Wegen Bombenfabrikation verurteilt. Das Pariser Zuchtpolizeigericht verurteilte den russischen Terroristen Smirnow, der im Mai 1907 im Zimmer seines Kameraden Slepner beim Anfertigen von Bomben durch eine Explosion schwer verletzt wurde, zu dreizehn Monaten Gefängnis, sowie seinen verschwundenen Komplizen Slepner in Kontumaziam zu der gleichen Strafe.

Die Memoiren eines Briganten.

„Diejenigen, die mich kritisieren wollen, kritisieren sich selbst, indem ich kein Studierter bin und kein Schriftsteller und es eine Leistung der Natur ist, was ich tue. Das Publikum soll nicht auf die Irrtümer schauen, sondern an die Wut denken, mit der ich schreibe, und wo einige Abänderungen vorkommen, soll man Nachsicht haben. Übrigens können wir nicht alle in einer Weise denken; es wird solche geben, die den Sinn verstehen, und andre, die ihn nicht verstehen. Die ersten werden mich loben, die zweiten aber nicht.“

Mit diesen Worten als Vorrede hat ein sizilianischer Brigant mit Namen Salomone seine Lebensgeschichte dem „Giornale di Sicilia“ zugesendet. Die Handschrift trägt folgenden Titel: „Salomone Guiseppe oder die Missetat eines Bürgermeisters und die gerechte Rache.“ Ein Teil des Manuskripts ist in der Tagespresse veröffentlicht worden und verdient durchaus, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Die Besorgnis, die der etwas nach Hintertreppenroman klingende Titel erwecken könnte, als handle es sich um einen literarischen Erguß mit stilisierter Wiedergabe des Tatsächlichen, schwindet beim Lesen. Die ungeschlachte Darstellung hat einen Akzent unverkennbarer Wahrhaftigkeit. Im übrigen hat der Lebenslauf nichts, was nicht glaubwürdig, allzu glaubwürdig wäre: Aus politischen Gründen unschuldig angeklagt, auf falsche Aussagen hin unschuldig verurteilt, zehn Jahre im Zuchthaus gebessert durch Brutalitäten und Ausbeutungen jeder Art — ist das nicht Hunderten passiert, die ihr Unstern unsrer Strafrechtspflege in die Krallen trieb? Außerdem hat Salomone kein Interesse an einer Fälschung der Tatsachen — seine Rache hat er mit dem Revolver und nicht mit der Feder besorgt. Er steht außerhalb der Gesellschaft und hat nichts von ihr zu erwarten als die enge Zelle, die ihn schon zehn Jahre lebendig begraben hielt. Welche Version er immer von seiner Tat und ihren Motiven geben mag, nie kann er die Gesellschaft dazu bringen, diesen ihren letzten Anspruch an ihm aufzugeben. Was sollte da den schlichten Handwerker in der Einsamkeit seines Banditenlebens bewegen, Unwahres zu Papier zu bringen? . . .

Die Ursache der Mißliebigkeit, die Salomone bei den leitenden Persönlichkeiten seines Heimatsortes — Barrafranca in Sizilien — genoß, geht auf die Bewegung der Landarbeiterverbände, der Fasci, zurück. Die Fasci, die echte sozialistische Gewerkschaften waren, hatten in den kleinen Feudalherren ihre heftigsten Feinde, denen die Regierung unter Crispi Militär und Justiz zur Verfügung stellte. Nachdem der Landarbeiterverband von Barrafranca aufgelöst ist, seine Mittel beschlagnahmt sind, bleibt ihr dem Bürgermeister des Ortes — dem Cavaliere Cane (Ritter Hund, wie ihn die Handschrift nennt) — noch ein besonderer Grimm gegen Salomone zurück. Ein Raubanfall, der im August 1894 unweit von Barrafranca erfolgt war — und dessen Urheber später bekannt wurden, worauf sie nach Amerika auswanderten, gibt den Vorwand zur Verhaftung und zum Prozeß. Über die Verhandlung berichtet Salomone: „Die Belastungszeugen waren der Wachtmeister, dieser Hauptspion, die beiden Beraubten, ein Fischhändler, der weder zum Guten noch zum Bösen sprach, und zwei bezahlte Neapolitaner, die aber schließlich doch nichts nützten. Die Entlastungszeugen sind unnötig zu nennen, denn es hätte der ganze Ort kommen können. Die edlen und ehrsamen Schuster*) — das heißt die Geschworenen — schliefen, während meine Zeugen gehört wurden.

Der Advokat war . . aus Caltanisetta, ein unerfahrener Mameluck. Er fing an, mit dem Präsidenten zu zanken, ohne an die Gefahr für den Prozeß zu denken, den er hätte einem andern Gerichtshof überweisen lassen sollen oder einer anderen Sitzung. Aber wir sind ja alle Brüder in Christo und auf der Erde liegt jedem wenig an dem Unglück des andern, wenn er nur Geld errafft!“

Der Staatsanwalt stützt seine Anklage hauptsächlich auf das Leumundszeugnis des Bürgermeisters, das den Angeklagten, der doch nicht vorbestraft ist, als „jedes Verbrechens fähig“ bezeichnet. Während der Rede des Staatsanwalts trifft ein Telegramm desselben Bürgermeisters ein mit weiteren belastenden Aussagen, und das Gericht läßt die Verlesung zu, worauf der Vertreter der Anklage diese Zeugenaussage eines nicht als Zeugen Gehörten in seine Rede einflicht. Hier wird die Darstellung des mit der Strafprozeßordnung nicht vertrauten Autors ungenau und verworren. Er läßt den Staatsanwalt einen Antrag auf zehn Jahre Zuchthaus stellen und andere Ungenauigkeiten mehr. Das Ende ist, daß der Wahrspruch auf schuldig lautet und Salomone zu zehn Jahren fünf Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt wird, wobei seine Minderjährigkeit als strafmildernd in Betracht kommt. Der Verteidiger verspricht sicheren Erfolg bei Einreichung der Nichtigkeitsbeschwerde „und wählte einen Advokaten in Rom, der noch maskierter (falscher) war als er selbst, einen gewissen M., der das Geld fraß und nicht einmal geruhte, zur Verhandlung zu erscheinen, der Schuft.“

So wird das Urteil rechtskräftig. „Ihr könnt euch vorstellen, mit welchem Vergnügen ich mich von meiner Familie trennte, indem ich immer der zweite Vater des Hauses genannt worden war, denn es waren noch sieben Kinder, jünger als ich, die Eltern und eine verwitwete Tante. Denkt euch die Tage und die vielen Tränen, die meine Familie vergießen mußte, denn meine Verurteilung wurde von drei Vierteln des Ortes beklagt. Von meinem Unglück kommt die ganze Not meiner Familie, so daß sie ins Unglück kam. Alle unsere Eingaben verschwanden, man weiß nicht wo, alle Wege waren unnütz, man konnte keine Wiederaufnahme des Prozesses erlangen.“

Einen Vorgeschmack des Strafvollzugs gibt die Beförderung. Die Reise bezeichnet Salomone als sehr schmerzlich; behandelt wurden sie „schlechter als räudige Hunde.“ Er wird der Strafanstalt in Fossombrone zugeteilt. „Ehe ich in das Zellengefängnis kam, machte sich mein Herz klein, ganz klein, beim Anblick des finsteren, öden Ortes. Wie stumpfsinnig sagte ich zu mir selbst: Wer weiß, ob dieser traurige Ort nicht mein Grab werden wird? Wer weiß, ob ich lebendig herauskommen werde oder tot? Ich sah meinen Gefährten ins Gesicht: die dachten dasselbe nach. Sie werden eingekleidet „wie Masken“ und in Zellen verteilt. „Nun denkt ein wenig, ihr Leute, in dieser Einsamkeit! Zuerst glaubte ich, es wäre ein Scherz und könnte nicht lange dauern, aber als ich sah, daß ich den ganzen Rest der Strafe in dieser kleinen Zelle bleiben sollte, auf einer kleinen Bank sitzend, mit einem Bett, das tagsüber an die Wand geschlossen wird, bin ich fast vor Schmerz gestorben. Auch die Keller (Dunkelzellen) von Fossombrone habe ich kennen gelernt, in die man hinuntersteigt wie in ein Schwefelbergwerk und wo auch am Tage die Lampe brennt. Durch großen Mut und zu meinem Glück kam ich lebendig heraus aus diesem berühmten Kerker, den unsre heiligen Päpste gebaut haben. Auch eine verruchte und infame Bande.“

Von Fossombrone wird Salomone nach Ancona geschickt, wo er der Schuhmacherabteilung zugeteilt wird. Obwohl er „franco dell'arte“ ist (erfahren in dieser Kunst), muß er vier Monate Lehrzeit durchmachen. „Das war auf Befehl des Direktors, der sich vier Monate meiner Arbeit aneignen wollte. Kleinigkeit! Das Volk will Tyrannen und die ziehen ihren Vorteil daraus.“ Nachdem er schon einige Monate selbständig gearbeitet hat, wird zum Osterfest bekannt gemacht, daß der Direktor die ausgeführte Arbeit nicht bezahlen würde. Alle rebellieren und verlangen den Direktor.

*) Scarpare, in Sizilien ein Ausdruck der tiefsten Verachtung.

Als dieser erschien, sagte er zu mir: „Wer will die Stiefel bezahlt haben?"

„Der erste bin ich."

„Ist gut, Dich werde ich schon herrichten."

„Mich haben Sie gar nicht herzurichten; ich habe meine Pflicht getan, wie der Meister sagen kann, und in allen Stiefeln sind der Stempel und die Nummer, und die können Sie ansehen, ob ich meinen Lohn verdiene oder nicht."

„Ansehen tue ich nichts und bezahlen tue ich niemand. Willst Du sie bezahlt haben?"

„Ja, ja", antwortete ich.

Dann ging er von Bande zu Bande, und keiner antwortete. Glaubt ihr, daß im Zuchthaus alles Männer sind? Nein, da ist viel Abschaum, Leute, die in der Freiheit die größten Halunken waren und sich im Gefängnis zuerst in die Hosen . . . ., die Masken! Unser Herr Henker aber bezahlte niemand die Stiefel."

Bei dem Regime in Ancona kommt unser Sträfling ganz von Kräften und zieht sich ein chronisches Darmleiden zu. Zum Skelett abgemagert, wird er im Mai 1899 mit andern Leidensgenossen in die für Kranke bestimmte Strafanstalt von Sinigaglia geschickt. Hier findet er entsetzliche Zustände.

„Wir waren nur noch gegen hundert Unglückliche, alle krank, jeder mit drei oder vier Wunden am Körper. Und doch war eine Strenge, schlimmer als im Zellengefängnis — dabei Tote, die nicht gehen konnten . . . Ein wahres Martyrium. Die Kost karg wie überall. Jeden Tag starben welche. Der Arzt schrieb die Arzneien auf und der Direktor kassierte sie. Erster Krankenwärter war ein calabresischer Sträfling, der in der Freiheit Polizist gewesen sein soll. Er war wirklich die Geißel. Alles war in seinen Händen. Dem einen gab er und dem andern nahm er, Medizin und Speisen, und er hat mehr Menschen umgebracht als Napoleon mit seinem Heere." (Schluß folgt.)

Aus Nah und Fern.

Explosion. In den Kontorräumen der Gesellschaft für Körperkultur in Berlin ereignete sich am Dienstag, als ein dort beschäftigter Monteur ein Streichholz anzündete, um die Gasleitung zu untersuchen, eine Gasexplosion, wodurch der Monteur schwer verletzt wurde. Die beiden großen Schaufenster gingen in Scherben, durch die drei Personen auf der Straße verletzt wurden.

Verbrechen. Aus Posen wird gemeldet: In der Nähe des Ortes Nekla fand man auf freiem Felde die Leiche des wandernden Schneidergesellen Adolf Hübner aus Sachsen. Der Tote war auf ganz entsetzliche Weise verstümmelt. Die Haut war ihm buchstäblich über den Kopf gezogen. Aus dem Körper waren drei Stücke Fleisch herausgeschnitten; die Finger fehlten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Kohlenschiff gesunken. Die „Schlesische Zeitung" meldet aus Myslowitz, daß in der Nähe der Kohlenumschlagstelle Nikkagrube an der Dreikaiserreichsecke gestern ein mit 500 Zentner Kohlen beladener Kahn infolge der Stromschnellen des Przemsa unterhalb der Eisenbahnbrücke gesunken ist. Die Schiffahrt ist dadurch unterbrochen.

Ein sauberer Bürgermeister. Die Zeitung „Der Westerwälder" hatte einen Artikel veröffentlicht, in welchem dem Bürgermeister Schneider von Mündersbach der Vorwurf des Betruges, der Brandstiftung, Unzucht, Fälschung von Protokollen und anderer Pflichtverletzungen gemacht wurden. Oettgen, der Verfasser des Artikels, trat vor der Strafkammer zu Neuwied den Wahrheitsbeweis an. Der Bürgermeister stellte unter Eid in Abrede, mit einer Frau in unerlaubten Beziehungen gestanden zu haben, mußte dies aber im Laufe der Verhandlung zugeben. Wegen formeller Beleidigung verurteilte das Gericht den Redakteur Lindemann und den Landwirt Oettgen zu je 50 Mk. Geldstrafe und billigte ihnen im übrigen den Schutz des § 193 zu.

Ein Aufsehen erregender Raub wurde auf der Strecke Wanne—Recklinghausen verübt. In einem Abteil vierter Klasse wurde einem Reisenden von einem Mitreisenden vergifteter Kognak gegeben. Der Mann brach bewußtlos zusammen, wurde alsdann seiner Barschaft und Uhr beraubt und liegt hoffnungslos darnieder. Der Täter ist entkommen.

Aus einer frommen Gegend. „Ohne Religiosität keine wahre Sittlichkeit", ist eins der stehenden Schlagworte unserer Kleriker. Daß die Moralstatistik ebenso wie öftere Vorkommnisse gerade in den schwärzesten Gegenden diese Behauptung längst widerlegt haben, kümmert diese Herren, die so stark im Beharren auf haltlosen Behauptungen sind, nichts. Im Kreise Essen liegt ein Ort Kray, welcher den Stolz unserer Schwarzen bildet, weil selbst die starke Industrie der Gegend nicht vermocht hat, die Bevölkerung ihrem geistigen Dunkel zu entreißen. Sozialdemokraten, die zufällig in diesen Ort verschlagen werden, können sicher sein, daß sie in diesem schwarzen Neste ihres Lebens nicht froh werden, weil sie unter der Verfolgung der stramm katholischen Bevölkerung zu leiden haben. Dieser Ort ist jetzt in großer Aufregung, weil man einen der tüchtigsten Draufgänger im Kampfe gegen Unglauben und fortschrittliche Gesinnung — hinter schwedische Gardinen gebracht hat. Dieser Mann, Seese ist sein Name, der in der Gemeinde Kray als Kirchensänger fungierte, hat sich als Sittlichkeitsverbrecher schlimmster Art erwiesen. Der fromme Mann, der Witwer war, hat eine große Anzahl — man spricht von zirka zwanzig — meist schulpflichtiger Mädchen in seine Wohnung gelockt und sich an ihnen vergangen.

Schweres Unglück. In Düsseldorf stürzte der elfjährige Sohn eines Erdarbeiters, nachdem er seinem Vater das Mittagessen gebracht hatte, beim Verlassen der Baustelle in die aus Betonmauern herausragenden Eisenstangen und wurde aufgespießt. Das Unglück wurde erst nach einer Stunde bemerkt, als der Knabe bereits verblutet war.

An Genickstarre sind in Köln neuerdings ein achtjähriges Mädchen und ein zehnjähriger Knabe gestorben.

Ein rutschender Tunnel. Wie aus Köln telegraphiert wird, findet bei dem Tunnel bei Gummersbach ein ununterbrochenes langsames Rutschen der Erdmassen statt, so daß der ganze Tunnel abgetragen werden muß. 400 Arbeiter sind Tag und Nacht beschäftigt, doch dürfte diese Arbeit ungefähr dreiviertel Jahr in Anspruch nehmen.

Der Fall Hau. Rechtsanwalt Max Oppenheimer, der von Dr. Dietz zur Mitverteidigung herangezogen wurde, ersucht um Wiedergabe folgender Erklärung: „Die Nachrichten einzelner Preßorgane, es sei von Dr. Dietz oder mir eine Strafanzeige gegen Fräulein Olga Mositor erstattet worden, ist irrig. Hau hat selbst so etwas auch niemals nur angedeutet und wäre damit auch nicht einverstanden gewesen.

Der Automobilfahrer, der in Niederheimbach auf ein am Wege stehendes Kind mehrere Revolverschüsse abgab, wodurch das Kind schwer verletzt wurde, ist nunmehr in der Person des Direktors Striba aus Schwanheim bei Frankfurt a. M. ermittelt worden. Er soll bereits durch seinen Rechtsanwalt Vermittlungsversuche wegen einer Entschädigung an die Mutter des verwundeten Mädchens gerichtet haben. Der Herr scheint eine eigentümliche Vorstellung von der Tragweite seiner Revolverschießerei zu haben, wenn er glaubt, die Folgen durch Geld gutmachen zu können. Hoffentlich bringt ihm die Justiz eine entsprechende Belehrung in dieser Beziehung bei.

Bei der Feuersbrunst in Herbstein sind 60 Häuser vernichtet worden. Das Feuer entstand in der Nacht zum Mittwoch im Hause eines Bäckers und verbreitete sich über einen großen Teil des Ortes. Kirche, Amtsgericht und Bezirkssparkasse, die bedroht waren, wurden gerettet. Dagegen sind die Schule und das katholische Pfarrhaus abgebrannt. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt, da die Bewohner beim Ausbruch des Brandes mit Feldarbeiten beschäftigt waren. Das Feuer wurde gegen Abend eingedämmt. Jede weitere Gefahr ist beseitigt; doch konnte nur wenig gerettet werden. — Wie ferner aus Fulda gemeldet wird, war der Feuerschein dort sichtbar. Viel Vieh hat in den Flammen den Tod gefunden. Ein große Anzahl Familien hat alles verloren und ist obdachlos. Nur wenige Leute sind versichert.

Mord. Aus Kolbermoor (Bayern) wird gemeldet: Der wegen Mordes schon vorbestrafte Kerneder ermordete nachts den Arbeiter Griepp aus Karolinenfeld durch 3 Messerstiche.

Freiheit, die ich meine. Aus dem Zuchthause in Saragossa entsprangen 22 Häftlinge, indem sie einen Gang gruben, der nach dem Abzugskanal unter dem Ebro hindurchführte. Sie gewannen das Freie und konnten bisher nicht wieder eingefangen werden.

Der Typhus in Bosniens Kasernen. Unter den Truppen der Garnison in Sarajewo ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Bisher sind 60 Mann erkrankt; ein Mann ist gestorben. Auch unter der Zivilbevölkerung sind Typhusfälle vorgekommen. Aus anderen bosnischen Garnisonen laufen ebenfalls Meldungen über Typhuserkrankungen ein.

Höllenmaschine. Auf dem Schlosse Glenahire Lodge in Irland explodierte im Schlafzimmer des Besitzers Lord Ashtown eine Höllenmaschine, die, ohne den Lord zu verletzen, die Fenstermauern einriß und die Zimmereinrichtung zertrümmerte. Die Explosion scheint von Wilddieben verursacht zu sein, die auf den weiten Jagdgründen des Lords durch Vernichtung der Fasanenbrut Schaden gestiftet hatten und aus Rache für die Strafmaßnahmen des Jagdherrn die Absicht gehabt zu haben scheinen, diesen zu töten und sein Schloß in die Luft zu sprengen.

Vom Blitz erschlagen. Bei einem heftigen Gewitter wurde bei Friedberg in Böhmen, wie schon berichtet, eine ganze Gesellschaft, die vom Baden in der Moldau zurückkehrte, vom Blitz getroffen. Die Leute hatten unter einer Birke Schutz gesucht. Der Sprachlehrer Teufelberger aus Wien war sofort tot, seine Frau ist noch heute bewußtlos. Zwei kleine Töchter Teufelbergers wurden schwer verletzt; ein Schwager des Toten, der Bürgerschullehrer Sechter aus Wien, hat ebenfalls tödliche Verletzungen davongetragen. Außerdem wurden noch einige Leute leichter verletzt, die sich der Gesellschaft angeschlossen hatten.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Automobile hat sich in der Nähe der Stadt Belluno in Oberitalien ereignet. Es wird darüber berichtet: Die beiden Automobile des Generals Ponza di San Martino, Kommandanten des sechsten Armeekorps, und des Marquis Rodolfo Peruzzi aus Florenz stießen auf der Landstraße bei Belluno mit aller Kraft zusammen. Der Fiatwagen des Generals wurde total zertrümmert, der andere Wagen schwer beschädigt. Professor Lorenzoni und die Chauffeure wurden schwer verletzt.

Kindesmord. Der „Frkf. Ztg." zufolge wurde in Alzey eine seit längerer Zeit dort wohnende Witwe wegen Verdachts des Kindesmordes verhaftet. Bei der Haussuchung wurde in der Wohnung der Witwe in einer Kiste das Skelett eines Kindes aufgefunden. Die Witwe hat zugegeben, daß das Kind nach der Geburt gelebt hat.

Ein russischer „Hauptmann von Köpenick". Ein Vorkommnis, das stark an das Abenteuer des Hauptmanns von Köpenick erinnert, wird in der „Rußkoje Slowo" erzählt. Der Bezirksstab der Transamur-Grenzwache erhielt kürzlich die telegraphische Mitteilung, daß nach Charbin ein Offizier kommandiert werde, um „70 000 Rubel für die Bedürfnisse des Südrayons" in Empfang zu nehmen. Nach einigen Tagen traf tatsächlich ein Offizier ein. Im Stabe der Grenzwache stellte man ihm einen Scheck aus, daraufhin hob er in der Charbiner Abteilung der Russisch-Chinesischen Bank 56 000 Rubel in Kreditscheinen und 14 000 Rubel in Silbermünze ab. Bei Empfang des Geldes bedachte sich der Offizier eine Zeitlang und erklärte dann den Bankbeamten: „Wissen Sie, es ist doch riskant, mit einer solchen Summe zu reisen. Bitte, zeigen Sie mir das Telephon . . ." Man führte ihn ans Telephon, wo er sich mit einem der Regimenter in Verbindung setzen ließ und um Beorderung von Soldaten „zum Schutze von Kronsgeld" bat. Es verging darauf eine Viertelstunde. Der Offizier rauchte unterdessen seine Zigaretten, ließ nicht die geringste Ungeduld merken, spazierte in den Räumen der Bank hin und her und plauderte mit den Beamten über Charbiner Tagesneuigkeiten. Als die Soldaten eintrafen, ließ der Offizier durch einen von ihnen eine Kiste holen, legte die Silbermünzen hinein und steckte dann die Kreditscheine in seine Brieftasche. Der Zug Soldaten, mit der Geldkiste an der Spitze, bewegte sich zum Bahnhof. Hier sagte der Offizier zu den Mannschaften: „Ihr Leute, bleibt zur Bewachung der Geldschatulle auf dem Bahnsteig. Ich gehe einen Augenblick ans Buffet." Der „Augenblick" dehnte sich aber sehr aus: es verging eine ganze Stunde. Der Zug kam und fuhr wieder ab. Der Bahnsteig wurde leer. Die Soldaten standen aber immer noch auf dem Posten. Zufällig schritt der Kommandant vorüber und fragte die Soldaten: „Was tut Ihr hier?" „Wir bewachen den Geldkasten!" Der Kommandant erkundigte sich nach den näheren Umständen und erfuhr die ganze Angelegenheit, die sich als ein großer Schwindel herausstellte. Man begann eifrig nach dem „Offizier" zu suchen; von dem war aber jede Spur verloren.

Fernsprechen vom fahrenden Zuge aus. Auf der Strecke Worthington-Carrollton der Louisville- und Nashville-Eisenbahngesellschaft haben, wie der „Prometheus" berichtet, kürzlich Versuche mit einem neuen, von A. D. Jones angegebenen Verfahren stattgefunden, das einen vollständigen Fernsprechverkehr zwischen den fahrenden Zügen und den Stationen bezw. dem Streckenpersonal auf weite Entfernungen ermöglichen soll. Die leitende Verbindung zwischen dem auf der Lokomotive aufgestellten Telephon und der am Bahnkörper entlang führenden Drahtleitung wird dadurch hergestellt, daß aus einem seitwärts aus der Lokomotive herausragenden Rohr Dampf, der mit gewissen Chemikalien geschwängert und dadurch leitend gemacht ist, gegen die Drahtleitung strömt. Angeblich soll bei den Versuchen die Verständigung selbst auf 100 Km. Entfernung ganz vorzüglich gewesen sein. Die Versuche, eine Verständigung zwischen fahrenden Zügen und dem Streckenpersonal herbeizuführen, mehren sich in erfreulicher Weise; im Interesse der Sicherheit des gesamten Eisenbahnverkehrs ist zu wünschen, daß diese Versuche bald zu brauchbaren Resultaten führen, sodaß in nicht allzu ferner Zeit jeder fahrende Zug unbedingt sicher von allen Vorfällen benachrichtigt werden kann, die seine Sicherheit bedrohen.

Papier als Rostschutzmittel.

Bei Hochbauten verwendet man lieber Eisen als Holz, mußte aber bislang stets über die geringe Dauerhaftigkeit des Eisens klagen, da das Eisen so leicht rostet. Alle sonst hinreichend wirksamen Rostschutzmittel, wie Fette, Lacke und vor allem Mennige bieten keine dauernde Sicherheit gegen Rosten. Die „American Society for Testing Materials" hat, wie der „Papier-Markt" berichtet, mehr als 50 Mittel der verschiedensten Zusammensetzungen untersucht, hat aber keine befriedigenden Ergebnisse gefunden; denn selbst bei dreimaligem Anstrich war kein Mittel imstande, die Rostbildung auch nur für ein Jahr zu verhindern. Stahlstangen, die probeweise mit solchen Anstrichen versehen waren, zeigten eine Rostbildung an der Metalloberfläche unter dem Anstrich, die Rostbildung hob den Anstrich empor. Der Stahl muß also durch den Anstrich hindurch den Sauerstoff oder die Feuchtigkeit aus der Luft angezogen und so Rost gebildet haben; mangelhafter Anstrich muß bei dieser Art der Rostbildung als völlig ausgeschlossen gelten. Dagegen haben Versuche von Dr. Dudley bei der genannten Gesellschaft gezeigt, daß ein Überzug von Papier für Luft und Feuchtigkeit als völlig undurchlässig angesehen werden kann. Dabei sind die verschiedensten Papiersorten probiert, ganz vorzüglich haben sich namentlich die Pergamentpapiere bewährt. Bei den Versuchen wurden alle möglichen Eisen- und Stahlsorten mit Papier überzogen und dann der Einwirkung von Rauch, schädlichen Gasen, Säuredämpfen und Feuchtigkeit ausgesetzt. Als einen Nachteil des Pergamentpapiers erkannte man seine Sprödigkeit, deshalb verwandte man bei späteren Versuchen das schmiegsamere Paraffinpapier. Mit Papier überzogene Eisengerüste, die ins Meer versenkt wurden, erwiesen sich nach zwei Jahren noch vollkommen rostfrei. Auch Versuche mit derartig geschützten Eisengerüsten, die nur zum Teil im Meer standen, und deren oberer Teil in die Luft ragte, hatten das gleiche günstige Ergebnis. In folgender Weise wird die Papierhülle aufgetragen. Zunächst wird das Eisenstück mit steifen Drahtbürsten und anderen mechanischen Hilfsmitteln von etwa anhaftendem Rost befreit und dann mit einer Schutzfarbe (Asphaltlack, Blei- oder Eisenfarbe) angestrichen. Auf diese Farbe legt man das in passende Streifen geschnittene Paraffinpapier, das in dem dicken Anstrich leicht ohne weitere Hilfsmittel festklebt. Ist die ganze Oberfläche völlig mit Papier bedeckt, so wird noch ein zweiter Anstrich aufgetragen, für den man jede beliebige Farbe verwenden kann.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 14. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,25 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3,20 Mk. Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stck. 1,10—1,20, Tauben Stck. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,55 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,25—1,30 Mk., Eier 8 u. 9 Stck. 60, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 1—1,10 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,15—0,30 Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. 20 Pfg., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter — Pfg. — Schleie Pfd. 1,20 Mk. Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 14. August.

1. Klasse 252 Drittel zu 115,92 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 28 „ „ 109,14 Mk. „ „

Sternschanz-Viehmarkt

14. August.

Der Schweinehandel verlief unverändert.

Zugeführt wurden 627 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 64—65 Mk., leichte 66 Mk., Sauen 56—60 Mk. und Ferkel 62—65 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: Berlin NW. 6, Charitestraße 3, Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis für das Einzelheft 10 Pfg., Probehefte kostenfrei), ist soeben das 7. Heft 5. Band erschienen, das folgenden Inhalt hat: Stuttgart. — Max Maurenbrecher: Was heißt Antimilitarismus? — Wilhelm Schröder: Sozialistische Parteien und Gewerkschaften. — Lily Braun: Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie. — Gewerkschaftliche Umschau. — Paul Göhre: Proletarische Lebenskunst. — F. Sandmann: Allein. — Glossen.

„Von der Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 45. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Stuttgarter Kongreß. — Auswanderung und Einwanderung in Ungarn. Bericht, verfaßt im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Von Josef Diner-Dénes (Budapest). — Die Politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei. Von L. B. Boudin (New-York.) (Fortsetzung.) — Die Opfer der Militärjustiz. Von Dr. Siegfrieda. Literarische Rundschau: Zeitschrift für den Ausbau der Entwicklungslehre. Von Gustav Eckstein. Dr. E. J. Neißer, Berlin, Internationale Übersicht über Gewerbehygiene. Von ew. Die neueren Bände der „Philosophischen Bibliothek". Von Ph. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

J. Stern, Gott? Gottglaube oder Atheismus? Der Verfasser beleuchtet in dieser fesselnd geschriebenen Abhandlung die neuerdings wieder viel umstrittene Frage „Gottglaube oder Atheismus? vom sozialistischen Standpunkt historisch-kritisch. Manche originellen Gedanken und Auffassungen sichern den 15 Abschnitten auch das Interesse derer, die über diese Materie bereits mit sich im klaren sind. Der Preis beträgt 50 Pfennig, eine Agitationsausgabe 20 Pfennig.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck